

<http://www.job-fuer-gerd.de>

präsentiert:



von

F. Roland A. Richter

Sucht

einen

neuen

Job

für

Gerd

<http://www.job-fuer-gerd.de>

Inhalt

Ein Buch gegen Gerd	5
Wer ist Gerd?	9
Gerds Leben	9
Fußball, Bildung und SPD	10
Die Karriere beginnt	12
Am Ziel: Gerd wird Kanzler	15
Gerd – die große Verarschung	18
Wie unsere Demokratie funktioniert	19
Gerds Lügen vor der Wahl	21
Was ich Gerd vorwerfe	23
Gute Gründe gegen Gerd	25
Arbeitslosigkeit unter Gerd	25
Agenda 2010	28
Die Hartz-Reformen	29
1-Euro-Job	30
2005: Arbeitslosigkeit auf Rekordhoch	33
Die Steuerlüge von der sozialen Gerechtigkeit	36
Berater	36
Der Weg in die neue Sklavenhaltergesellschaft	42
Vetternwirtschaft	45
Der Fall Werner Müller	50
Medienkanzler	54
Die Stimmung im Lande: Zukunftsangst	55
SPD	58
Wirtschaft	61
Aussichten? Perspektiven?	64
Impressum	65

<http://www.job-fuer-gerd.de>

Ein Buch gegen Gerd

Ich bin oft gefragt worden, weshalb ich die Seite job-fuer-gerd.de gestartet habe. Und jetzt folgen unweigerlich die Fragen, warum dieses Büchlein geschrieben wurde.

Meine Motivation ist eigentlich ganz einfach. Ich bin der Meinung, dass Gerhard Schröder nicht länger Bundeskanzler sein sollte. Die Bundestagswahl 2005 gibt uns Bürgern die große Chance, dem Schröder-Spuk ein Ende zu bereiten.

In unserem Land sollten alle Menschen wieder die Chance haben, sich ihren Lebensunterhalt durch ihrer eigenen Hände Arbeit zu verdienen. Niemand soll mehr mit der sprichwörtlichen Faust in der Tasche zusehen, wie Beratern, Gutachtern und der Klientel von Rot-Grün die Millionen aus der Staatskasse zugescheffelt werden, während zugleich offiziell etwa 5 Millionen Menschen ohne Arbeit sind.

Die Menschen in Deutschland müssen wieder eine Perspektive haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Unter Gerhard Schröder ist eine Schiefelage im Land entstanden, wie sie in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg ungekannt war. Nicht nur, dass mit NPD und DVU die extreme Rechte in mehreren Landtagen Einzug gehalten hat. Die extreme Linke erschüttert unser System zugleich von links. Durch mehrere Regierungskoalitionen auf Landesebene quasi durch die SPD geadelt, hat sich die PDS nunmehr mit enttäuschten Alt-Sozialdemokraten zusammengetan, die sich in der „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) organisiert und an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen teilgenommen hatten. Jetzt wollen diese Linken unter der Sammelbezeichnung „Linkspartei“ in den Bundestag – Wahlforscher prognostizieren ihnen ein zweistelliges Wahlergebnis.

Was kann man also machen in einer Demokratie, wenn die Politik der Regierung Unglück und Elend in großem Maße produziert, während Politiker und ihre Freunde sich die Taschen voll machen? Was kann man gegen eine Regierung tun, die mehr oder weniger sehenden Auges unsere Demokratie gefährdet. Mein Glaube an die Möglichkeiten unserer Staatsform mag vielleicht etwas naiv daherkommen, aber er ist echt. Ich bin der Meinung, man sollte offen aussprechen, wenn einem die Regierung nicht gefällt und dafür werben, dass jemand anderes die Geschicke unseres Landes in Zukunft bestimmen soll. Nicht mehr. Nicht weniger.

Mit diesem Buch nehme ich am politischen Diskurs teil, so wie ich es auch schon mit der Seite [job-fuer-gerd.de](http://www.job-fuer-gerd.de) tue.

Vermutlich wird Angela Merkel nach Gerd Kanzlerin, aber die Wahl hat sie noch nicht gewonnen. In diesem Buch setze ich mich nicht mit ihr auseinander. Eigentlich ist es fast schon egal, wer Gerhard Schröder im Amt nachfolgt. Entscheidend ist, dass er nicht wieder Bundeskanzler wird. Und dass mit ihm die Politik der sozialen Ungerechtigkeit, für die er steht, abgewählt wird.

Ich weiß, dass ich nicht der einzige bin, der so denkt. Als ich mit den Vorarbeiten zu diesem Buch anfang, gingen jeden Montag Tausende auf die Straßen um gegen Gerd und seine Politik zu demonstrieren. Der Anlass für den Unmut waren die „Hartz IV Reformen“. Diese bittere Pille ist dem Volk nicht zuletzt aufgrund der rot-grünen Politik während der ersten Legislaturperiode zum Schlucken verabreicht worden. Die Regierung handelt nach dem Motto „friss oder stirb“! Sterben möchte niemand. Nicht für Gerd!

Auch in der SPD rumort es. Schon hat sich mit der WASG eine Abspaltung gegründet, die den Schröder-Kurs nicht mehr mittragen mag. Der ehemalige Parteivorsitzende Oskar Lafontaine hat dem Magazin *Der*

Spiegel im August 2004 ein Interview gegeben, das großes Aufsehen erregt hat. Unter Schröder als Kanzler sei es mit der sozialen Gerechtigkeit nicht weit her. Er sieht die Politik als gescheitert an und drängt auf einen Kurswechsel. Lafontaines Konsequenz: er tritt aus der SPD aus und als Spitzenkandidat einer „Linkspartei“ (PDS und die von ihr zu vereinnahmende WASG) zur nächsten Bundestagswahl an.

Wenn Franz Müntefering erzählt, dass es unter „schwarz-gelb“ alles noch schlimmer gekommen wäre, ist das Augenwischerei. Man kann der Regierung Kohl sicher vorwerfen, dass sie manche Reformen im sozialen Bereich und im Arbeitssektor zu spät angepackt hat. Aber sie ist immer behutsam gewesen – vielleicht sogar zu behutsam. Die Bürgerlichen wussten stets, dass es Menschen sind, für die sie Politik machen. Die Linke kennt nur die proletarische Masse, und sie hat den Vorzug der Klientelversorgung aus öffentlichen Kassen zu schätzen gelernt. Ob der kleine Mann auf der Straße bitter bluten muss oder nicht, ist egal, wenn man zum Dank für einen fetten Unternehmensberater-Auftrag eine dicke Zigarre ins Maul geschoben bekommt.

Außerdem: welche Daseinsberechtigung hätte die Linke, wenn man nicht für die Armen und Benachteiligten dieses Landes um soziale Gerechtigkeit kämpfen könnte? Soziale Gerechtigkeit! Ein großes Wort, das als Begründung für alles mögliche herhalten muss, ohne dass seine Bedeutung inhaltlich wirklich fassbar wäre. Fest steht, dass niemand mehr eine SPD und ihren Kampf um soziale Gerechtigkeit bräuchte, wenn alle Menschen eine soziale Perspektive hätten und ihr Auskommen selbst erarbeiten könnten. Liegt hier der wirkliche Grund für „linke“ Wirtschaftspolitik? Soll die Basis derer, die zu Recht soziale Gerechtigkeit für sich einfordern, anwachsen? Ist die Linke so zynisch? Man kann zumindest den Eindruck haben.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal erinnert, dass der Unternehmensberater Roland Berger vor der letzten Bundestagswahl laut und öffentlich darüber nachdachte, Gerd ein „Angebot“ zu machen für den Fall, dass er nicht wiedergewählt werden sollte. So kann man auch Dankbarkeit zeigen. Hartz IV für die Armen, Millionen-Jobs für abgehalfterte Regierungspolitiker.

Dieses Buch will ein Beitrag dazu sein, dem rot-grünen Schröder-Spuk ein Ende zu setzen. Ich erhebe nicht den Anspruch, wissenschaftlich durchdacht feingeistige Abwägungen zu treffen. Ich möchte die Sache auf den Punkt bringen: Gerd muss weg!

Wenn es nach der nächsten Bundestagswahl ein Deutschland gibt, in dem der Bundeskanzler nicht mehr Gerhard Schröder heißt, ist das Ziel erreicht. Dieses Buch soll mein Beitrag dazu sein.

Sucht einen Job für Gerd – so ist der Titel dieses Buches. So ist auch das Motto der Seite [job-fuer-gerd.de](http://www.job-fuer-gerd.de). Auf der Seite sind einige Jobvorschläge veröffentlicht, die von Seitenbesuchern gemacht worden sind. Das ist eher satirisch gemeint. Aber damit Gerd sich überhaupt auf Jobsuche begeben muss, muss er erst mal seinen aktuelle Job als Bundeskanzler loswerden. Das ist ernst gemeint. Warum, sagt dieses Buch.

Ich habe mich entschlossen, dieses Buch ausschließlich im Internet als eBook zu veröffentlichen. Unsere Zeit wird immer schnelllebiger. Das Internet ist das Mittel der Wahl, wenn es um die Veröffentlichung aktueller Inhalte geht.

F. Roland A. Richter

Friedberg (Hessen), im August 2005

Wer ist Gerd?

Gerd ist die Kurzform des Vornamens Gerhard. Der Name stammt aus dem Althochdeutschen. Ein Ger ist ein Wurfspieß, den die alten Germanen benutzt haben. Die Endung „-hard“ eines Namens kommt vom Wort „hart“, welches im Althochdeutschen auch „tapfer“ oder „kühn“ bedeutet. Ein Gerhard ist jemand, der kühn den Wurfspieß schleudert.

Welchen Gerd ich meine, ist klar. Ich meine Gerhard Schröder. Den amtierenden Bundeskanzler.

Ich finde, man kann einen Politiker schlecht beurteilen, wenn man sich nicht damit beschäftigt hat, was für ein Mensch er ist. Das gilt natürlich auch für den amtierenden Bundeskanzler.

Gerds Leben

Am 7. April 1944 kam Gerhard Fritz Kurt Schröder in Mossenberg zur Welt. Mossenberg heißt heute Mossenberg-Wöhren und gehört zur Stadt Blomberg, die im westfälischen Lipperland liegt.

Mossenberg ist ein recht altes Dorf, die älteste Erwähnung ist 1488 nachgewiesen. Damals hieß es Tom Ossenberg. Heute leben in Mossenberg ungefähr 240 Menschen, nimmt man die Einwohner Wöhrens hinzu, gibt es fast 300 Bürger dieses alten Dorfes. Dass ausgerechnet hier die Wiege des künftigen Bundeskanzlers steht, ist ein Zufall.

Die Schröders lebten nur kurze Zeit in Mossenberg, etwa 2 Jahre. Von Gerds Vater ist bekannt, dass er ein Kirmes-Arbeiter war. Aber es war auch Krieg, weshalb Fritz Schröder als Pioniergefreiter in Rumänien eingesetzt war. Er fiel nur kurze Zeit nach der Geburt seines einzigen

Sohnes. Zu diesem Zeitpunkt hatte Gerd noch eine fünf Jahre ältere Schwester, Gunhild. Mit ihr zusammen wuchs er weitgehend bei seiner Großmutter Clara auf. Seine Mutter Erika arbeitete auf verschiedenen Bauernhöfen. Als sie später wieder heiratete, erkrankte ihr neuer Mann Paul Vosseler kurze Zeit später an Tuberkulose. Aus dieser zweiten Ehe stammen 3 weitere Kinder, so dass Gerd insgesamt vier Geschwister hat.

Nach dem Tod seines Stiefvaters Paul Vosseler arbeitete Gerds Mutter 14 bis 16 Stunden am Tag als Putzfrau, um die Kinder „durchzubringen“.

Gerd hat lange nicht gewusst wo sein Vater begraben war. Im Frühjahr 2001 machte seine Schwester Gunhild eine Anfrage bei der Deutschen Dienststelle (WASSt) in Berlin. So erfuhren die Schröders, dass ihr Vater in Ceanu Mare in Rumänien begraben liegt. Wegen der Ereignisse am 11. September 2001 konnte ein schon früher geplanter Besuch nicht stattfinden, weshalb Gerd das Grab erst im August 2004 besuchte. Das, was in der Presse darüber berichtet wurde, zeigte den innerlich zutiefst berührten Menschen Gerhard Schröder.

Fußball, Bildung und SPD

Die Familie wohnte zunächst in einem Behelfsheim in Bexten, direkt neben dem Fußballplatz. Hier machte der junge Gerd die erste Bekanntschaft mit dem Fußball. Durch seine Leistungen auf dem Rasen erfuhr er die Anerkennung, die ihm aufgrund seiner sozialen Herkunft bis dahin verwehrt geblieben war.

Nachdem er acht Jahre lang die Volksschule besucht hatte, begann Gerd eine Lehre zum Einzelhandelskaufmann bei einem Eisenwarenhändler in Lemgo. Dem Fußball blieb er weiter verbunden, jetzt kickte er für den TUS Talle in der 1. Kreisklasse. Gerd war Mittelstürmer und ein gefürchteter Torjäger. Sein Einsatz auf dem grünen Rasen brachte ihm den Spitznamen „Acker“ ein.

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

Während dieser Zeit wuchs sein Wunsch nach weiterer Bildung. Mit 17 Jahren zog Gerd nach Göttingen um. Dort arbeitete er zunächst als Verkäufer und machte abends am „Institut für Erziehung und Unterricht“ in anderthalb Jahren die Mittlere Reife nach. Aber für Gerd war damit noch nicht Schluss.

1963 trat Gerd in die SPD ein. Als Motivation hierfür hat er später angegeben, dass er nicht nur den Wunsch gehabt hätte die eigenen Lebensumstände zu verbessern. Er wolle auch politisch „etwas bewegen“.

Zu diesem Zeitpunkt bezog er eine Halbwaisenrente von monatlich 200 Mark, die es ihm ermöglichte am Westfalen-Kolleg in Bielefeld 1966 das Abitur abzulegen.

Danach studierte Gerd Rechtswissenschaften an der Georg-August Universität Göttingen. In diese Zeit fiel auch seine erste Ehe mit Eva Schubach, die beiden heiraten 1968. Das Studium beendete er 1971 mit dem ersten Staatsexamen. Er finanzierte sein Studium weitgehend selbst, indem er in den Semesterferien auf dem Bau schaffte.

Während der wilden 68er Zeit war Gerd Juso-Vorsitzender in Göttingen. Hier engagierte er sich vor allem in der Kommunalpolitik. Für die Theoriedebatten seiner Zeit hatte er nur wenig Interesse. Das kommentierte er später wie folgt: „Ich war durch meinen Werdegang in der Jugend zu sehr mit der Realität konfrontiert worden, um jetzt in abgehobene Diskussionen über das Wesen des Staates als Gesamtmonopolist einzusteigen.“

Es wird berichtet, wie er sich auf die theoriebeladenen Wortgefechte der Juso-Treffen vorbereitet hat: durch das Studium eines Marxismus-Leninismus Lexikons. Mit Marx und Co. hat er sich nur so weit auseinander gesetzt, wie es für seine politische Arbeit opportun war.

In seiner Examensarbeit beschäftigte Gerd sich mit einem damals höchst brisanten Thema, den sogenannten „Berufsverboten“. Er vertrat hier

einen sehr freiheitlichen Standpunkt. Schröder war der Meinung, dass die bloße Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei keinesfalls ein Berufsverbot rechtfertigt.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 28. Januar 1972 einen sogenannten „Radikalenerlass“ beschlossen. Dieser war ein Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder, sein offizieller Name lautete „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“. Ziel dieses Erlasses war, dass Personen mit verfassungsfeindlicher politischer Einstellung nicht im öffentlichen Dienst arbeiten sollten oder sogar Beamte werden durften. Bis zu seiner Abschaffung wurden ca. 3,5 Millionen Menschen überprüft, bis Ende der 70er Jahre sogar durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Dieser Beschluss war von Anfang an heftig umstritten und wurde als demokratiefeindlich kritisiert. Das Bundesverfassungsgericht hat ihn 1975 aber gebilligt.

Die Karriere beginnt

1971 wurde Gerd zum Vorsitzenden der Jusos in Hannover gewählt. Er arbeitete zunächst als Assistent an der Uni Göttingen. Gerds zweite Ehe fiel in diese Zeit, 1972 heiratet er Anne Taschenmacher. Nach seiner Zeit an der Uni Göttingen machte er sein Referendariat und legte 1976 das Zweite Juristische Staatsexamen ab. Danach wurde er als Rechtsanwalt zugelassen.

Zusammen mit Hela Rischmüller-Pörtner und Dietrich Buschmann gründete er eine Anwaltskanzlei. So verdiente er sein eigenes Einkommen. Dies gab ihm innere Unabhängigkeit, auch und gerade was seine Karriere bei der SPD anging. Gerd hätte sich jederzeit aus der Politik zurück ziehen und sein Einkommen als Anwalt selbst bestreiten können. Für seine wirtschaftliche Existenz war er nicht darauf

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

angewiesen, Berufspolitiker zu sein. Dies unterschied ihn von vielen politischen Mitbewerbern, nicht nur in der SPD.

In den siebziger Jahren tobte bei den Jungsozialisten ein heftiger Richtungsstreit, der die Jusos auch von ihrer Mutterpartei, der SPD, zeitweilig entfremdete. Gerd wurde 1978 als Vertreter des gemäßigten Flügels zum Bundesvorsitzenden der Jugendorganisation gewählt. Ihm lag viel daran, das gespannte Verhältnis zu seiner Mutterpartei zu entkrampfen. In seiner Antrittsrede sagte er unter anderem: „Wir haben begriffen, dass uns mehr verbindet, als trennt“. Das Amt hatte er bis 1980 inne.

In diese Zeit fiel auch ein Anwaltsmandat, das erhebliche politische Aufmerksamkeit erfuhr: Der Fall des ehemaligen Terroristen Horst Mahler. Mahler ist der Öffentlichkeit heute als langjähriger Anwalt der NPD und als Polit-Esoteriker bekannt. Damals war Mahler Mitglied der Baader-Meinhof-Bande. Wegen bewaffnetem Banküberfall sowie der Teilnahme an der Befreiung von Andreas Baader war er zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. 1978 wollte Mahler die Wiederaufnahme seines Verfahrens erreichen. Er beauftragte Schröder - offensichtlich wegen der damit verbundenen politischen Beachtung. Als Anwalt war Gerd noch relativ unerfahren, aber er war gerade Bundesvorsitzender der Jusos geworden. Das politische Geschrei war groß, unterstellten die bürgerlichen Kritiker Schröder doch, ein RAF-Sympathisant zu sein.

Für Gerd war dieses Mandat jedenfalls eine Möglichkeit, sich zu profilieren. Als Anwalt sowie als Politiker. Seine Meinung war, man könne nicht abstrakt für Bürgerrechte, für Rechtsstaatlichkeit und Freiheit eintreten, aber dann, wenn man persönlich gefordert ist, kneifen. Bürgerrechte gelten für alle, auch verurteilte RAF-Terroristen.

So groß die politische Aufmerksamkeit auch war, in der Sache blieben Mahler und Schröder ohne Erfolg. Die Wiederaufnahme wurde nicht

zugelassen. Später wurde Gerd noch einmal von Horst Mahler mandatiert: Schröder erstritt im Dezember 1987 die uneingeschränkte Wiederzulassung Mahlers als Rechtsanwalt.

Mahler hat seit dem übrigens eine sehr ungewöhnliche Karriere hinter sich: gewandelt vom Links- zum Rechtsextremisten. Durch Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten vom 8.4.2004 (Aktenzeichen 351 Gs 745/04) wurde ihm die Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts verboten. Mahler hat sich inzwischen auf die Seite von Menschen geschlagen, die den Holocaust oder die an den Juden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft begangenen Verbrechen leugnen. Mahler kämpft inzwischen um seine Wiederzulassung. Ob er eine zweite Chance bekommen wird, ist ungewiss.

Mit Gerhard Schröder hat Mahlers weitere Karriere aber nichts zu tun. Daher schauen wir mal, wie es mit Gerd weiter gegangen ist. 1980 wird er für sein Engagement bei den Jungsozialisten belohnt. Er zieht für den Wahlkreis Hannover-Land mit einem Wahlergebnis von 50% der Stimmen in den Deutschen Bundestag ein. Als erster Abgeordneter zieht er keine Krawatte an, womit er deutlich machen will, dass die Politiker sich mit ihren Vorstellung sehr von der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen entfernt hätten. Seine erste Rede hält er in einer Debatte über Jugendprotest im demokratischen Staat.

Nach dem Ende der sozialliberalen Koalition und der Wahlniederlage seiner Partei 1982 beschloss Gerd, den Schwerpunkt seiner politischen Aktivitäten fortan in Niedersachsen zu setzen. So wird er 1983 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover.

Gerd kämpfte weiter. Er wollte alles. 1984 wurde er Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl in Niedersachsen. Hatte die CDU noch 1982 mit über 50% die absolute Mehrheit, verlor sie jedoch 1986 ganz erheblich. Gerd scheiterte nur knapp, mit nur einer Stimme Mehrheit

stellten CDU und FDP noch einmal die Regierung. Ernst Albrecht, der das Land seit 1976 regiert hatte, blieb vorerst noch Ministerpräsident. Gerd wurde Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag. 1984 schloss Gerd seine dritte Ehe mit Hiltrud Hampel.

1990 war es dann so weit. Rot-Grün gewann die Landtagswahlen und Gerd wurde Ministerpräsident. Ab 1994 konnte Gerd in Niedersachsen sogar alleine regieren. Seine Frau war politisch ebenfalls engagiert, allerdings ohne politisches Mandat. In den Medien wurde sie „Hillu“ genannt, die Schröders nutzten hier die Popularität der amerikanischen Präsidentengattin Hillary Clinton und geben sich als politisches Ehepaar. Die Ehe scheiterte jedoch Mitte der 90'er Jahre.

Danach lernte Gerd die Journalistin Doris Köpf kennen, die beiden heiraten 1997. Doris brachte eine Tochter mit in die Beziehung, Clara. Im Sommer 2004 adoptierte das Ehepaar Schröder eine weitere Tochter, Viktoria.

Die niedersächsische Landtagswahl 1998 wurde ganz klar zu einem Vorlauf für die anstehende Bundestagswahl. „Der nächste Kanzler muss ein Niedersachse sein“ war ein Wahlslogan, den ein SPD-Sympathisant in Plakaten und Anzeigen kurz vor der Landtagswahl geschaltet hatte. Die Mehrheit der Niedersachsen wollte nicht, dass Helmut Kohl weiter Bundeskanzler blieb und wählte deshalb Gerd wieder zum Ministerpräsidenten.

Am Ziel: Gerd wird Kanzler

Dann kommt der Bundestagswahlkampf. Immer wieder wurde mit der Geschichte kokettiert, wie Gerd als junger Juso-Funktionär am Eingang des Bundeskanzleramtes in Bonn rüttelte und „ich will da rein“ rief. Nun war er drin, im neuen Bundeskanzleramt in Berlin. „Doris, jetzt bin ich Kanzler“ gibt ein Beobachter eine Bemerkung Gerds wieder, die dieser in

der Wahlnacht zu seiner Frau gemacht haben soll. Gerd war Sieger auf der ganzen Linie!

1999 trat Oskar Lafontaine als SPD-Parteivorsitzender ab. Gerd übernahm auch diese Funktion, die er bis 2004 inne hatte. Dann machte er Platz für Franz Müntefering, um sich mehr auf seine Aufgaben als Bundeskanzler konzentrieren zu können.

Schon in der ersten Legislaturperiode mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler nahm die Bundeswehr an einem Krieg teil, es ging gegen Rest-Jugoslawien. Dies war der erste „richtige“ Militäreinsatz der Bundeswehr. „In meinem gesamten politischen Leben ist mir keine Entscheidung so schwer gefallen wie diese,“ kokettierte Gerd auf seiner Homepage.

Als am 11. September 2001 vier Flugzeuge in den USA von Terroristen entführt und unter anderem in die beiden Türme des World Trade Centers in New York gesteuert wurden, begann auch für Deutschland der internationale Kampf gegen den Terrorismus. Durch eine Vertrauensabstimmung im Bundestag am 16. November versicherte Gerd sich einer parlamentarischen Mehrheit für eine umfassende Beteiligung Deutschlands daran. Mehr und mehr setzte Gerd auf die Außenpolitik, denn im Inneren konnte er bei der Bevölkerung nicht mehr punkten.

Deutsche Soldaten standen nunmehr nicht nur auf dem Balkan, sondern auch am Horn von Afrika und in Afghanistan im Einsatz. Deutschland löste unter Gerds Führung die Probleme der Menschheit in aller Welt. Wie so oft in innenpolitisch schwachen Phasen setzte die Regierung voll auf die Außenpolitik.

Die Bundestagswahl am 22. September 2002 kam immer näher. Es sieht zunächst gar nicht gut aus für Gerd & Co. Die Regierung Schröder liegt in den Meinungsumfragen zunächst hinter der Opposition. Sollte es Edmund Stoiber gelingen, Gerd als Bundeskanzler abzulösen?

Inzwischen wurde bekannt, dass selbst enge Berater des Kanzlers nicht an einen Sieg von Rot-Grün glaubten.

Gerd kamen nun zwei Umstände zu Hilfe, ohne die er die Wahl wohl kaum gewonnen hätte. Zum einen lösten Unwetter eine Flutkatastrophe in Süd- und Ostdeutschland aus. Viele Menschen verloren ihr gesamtes Hab und Gut. In der Not versammelte das Volk sich um die Fahne, die von Gerd getragen wurde. Er versprach großzügige Hilfen (wie alle Politiker), und da er als Kanzler in den Augen vieler Menschen den Schlüssel zur Wunderschatulle besaß, wählten sie ihn wieder. Zum anderen ist da der Irak. US Präsident George W. Bush liebäugelte immer offener mit einer militärischen Invasion und dem Sturz des Diktators Saddam Hussein. Ohne dass jemand nach einer deutschen Beteiligung am Feldzug nachgefragt hätte, tönnte Gerd auf Wahlveranstaltungen, dass man sich nicht beteiligen werde. Seine Botschaft: Wer ihn und seine Kumpels wählt, wähle den Frieden. Wer die Union wählt, wähle den Krieg. Von dieser Kampagne überrascht, reagieren die Bürgerlichen hilflos. Die US Regierung, mit der man zuvor nicht über das Thema gesprochen hatte, war über den anti-amerikanischen Unterton im deutschen Wahlkampfgetöse verschnupft. Gerd gewann die Wahl, und der „3. Golfkrieg“ fand trotzdem statt. Egal, Gerd konnte weiter regieren.

Gerd – die große Verarschung

Nach der letzten Bundestagswahl landete der Stimmenimitator Elmar Brandt mit seinem „Steuersong“ einen großen Hit, der sich wochenlang in den Charts hielt. Elmar Brandt hatte nicht nur deshalb Erfolg, weil seine Parodien beißend sind und die allgemeine Stimmung recht gut auf den Punkt brachten. Das Geheimnis seines Erfolges ist bis heute seine Marke: „Gerd Show“. Ich meine, dass es nichts anderes ist, was der echte Gerd in Berlin da betreibt. Mit dieser Meinung bin ich nicht allein. So denken viele Menschen in unserem Land.

Was ist passiert? Gerd hatte eine Wahl zu gewinnen und verkündete den Bürgern, die Kassenlage sei überschaubar und es werde keine Steuererhöhungen geben. Gerd wurde gewählt, auf einmal konnte er die Kassen nicht mehr überschauen und musste die Steuern erhöhen. Viele Menschen kamen sich schlicht und ergreifend verarscht vor.

Zu Gerds ‚Wahllügen‘ hat Elmar Brandt in seinem Steuersong einiges gesagt.

*Was Du heute kannst versprechen
darfst Du morgen wieder brechen*

Schröder war gewählt und konnte - egal was er politisch anstellte - nicht mehr wegen ‚Irrtums‘ durch das enttäuschte Volk abgewählt werden.

Wie ist das mit der Pflicht zur Wahrheit in unserer Demokratie? Müssen die Politiker immer die Wahrheit sagen, wenn sie im Wahlkampf sind? Wäre doch doof, wenn man den Leuten klar machen wollte, dass man den Karren tief in den Dreck gefahren hat und wieder gewählt werden möchte, um ihn noch tiefer in den Dreck zu bekommen. Wenn man den Leuten so kommt, dann hilft nicht einmal Gerds Charme die Wahlen zu gewinnen.

Dürfen Politiker also lügen? Oder dürfen sie zumindest einen Teil der Wahrheit verschweigen, wenn diese Wahrheit sie in einem ungunstigen Licht erscheinen ließe?

Wie unsere Demokratie funktioniert

In der Bundesrepublik Deutschland geht die Staatsgewalt vom Volk aus. Es bestimmt in Wahlen und Abstimmungen die Volksvertretungen die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage. Der eine Leser oder die andere Leserin wird sich jetzt wohl denken, dass jemand schon sehr naiv sein muss so etwas ernsthaft zu schreiben.

Wenn es naiv ist, die Dinge so zu sehen, dann muss das Grundgesetz ein Werk von lauter Naivlingen sein. Denn dort steht das im Artikel 20 Absatz 2 genau so drin:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Die Wahlen sollen die Entscheidungen derjenigen, die gewählt werden, demokratisch legitimieren. Die Volksvertreter entscheiden stellvertretend für das Volk dann, was in Deutschland Sache ist.

Wahlen vermögen eine solche demokratische Legitimation aber nur dann zu vermitteln, wenn sie frei sind. Das Bundesverfassungsgericht hat aus dem Gebot der „freien“ Wahl hergeleitet, dass die Wähler ihr Urteil in einem freien, offenen Prozess der Meinungsbildung gewinnen und fällen können sollen. Der Begriff der Wahlfreiheit ist weiter zu verstehen, als nur auf den unmittelbaren Auswahlakt am Wahltag bezogen. Wahlfreiheit ist mehr als in einer Kabine sein Kreuzchen machen zu dürfen wie man es gerade möchte.

Neben die formell garantierte Freiheit das Kreuzchen unbeobachtet auf dem Wahlzettel machen zu können wo man möchte, tritt somit eine

innere Wahlfreiheit. Der Bürger soll sich seine Meinung objektiv und unabhängig bilden können. Das ist die Vorstellung, die unser Grundgesetz von der Demokratie in Deutschland hat.

Bei diesem Meinungsbildungsprozess wird den politischen Parteien von Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes eine herausgehobene Stellung zugesprochen:

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Die grundrechtlich verbürgten Freiheiten zur politischen Mitwirkung sollen gewährleisten, dass prinzipiell jeder am Wettbewerb um die (nicht vorgegebene oder verordnete) „richtige“ Ansicht teilnehmen kann. Das Entstehen geschlossener Meinungsmärkte und Meinungseliten soll so verhindert werden. Die grundrechtlich abgesicherte Freiheit des Volkswillensbildungsprozesses gibt den Bürgern und Bürgergruppen auch die Möglichkeit, über die Bildung einer öffentlichen Meinung und damit die „Vorformung“ des politischen Willens auf den Staatswillensbildungsprozess Einfluss zu nehmen .

Wie wirken die politischen Parteien an der Meinungsbildung des Volkes mit? Sie geben ein Ziel ihres politischen Handelns an, dessen Notwendigkeit sie mit einer bestehenden Sachlage begründen. Der „Trick“ dabei ist, dass nicht immer alle Fakten vollständig kommuniziert werden. Mit der richtigen Auswahl sowie einer damit verbundenen politischen Bewertung versuchen die Parteien, ihrer vom Grundgesetz übertragenen Rolle gerecht werden. In einem Wahlkampf formt sich aus dem Zusammenspiel von Parteiwerbung, Berichterstattung und Kommentierung in den Medien und den Diskussionen der Bürger untereinander die öffentliche Meinung, welche die Stimmbürger schließlich zu ihrer Wahlentscheidung führt.

Das ganze funktioniert aber nur dann, wenn die politischen Parteien sich im Wahlkampf an gewisse Regeln halten. Gerd und seine Kumpels haben

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

vor und nach der letzten Bundestagswahl gezeigt, wie dieses für unsere Parteiendemokratie so wesentliche Grundprinzip pervertiert werden kann.

Gerds Lügen vor der Wahl

„Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig, und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht.“

(Gerhard Schröder, 26. Juli 2002, *ARD*)

„Es wird keine Steuererhöhungen geben. Die Steuerbelastung wird nicht steigen, sondern sinken.“

(Hans Eichel, 15. April 2002, *Handelsblatt*)

„Wir machen die größte Steuersenkung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Wir reduzieren 2003 und 2005 die Steuern, wir planen keine Erhöhungen.“

(Hans Eichel, 19. Juni 2002, *Weserkurier*)

„Es wird keine Steuererhöhungen geben.“

(Franz Müntefering, 1. Oktober 2002, *BILD*)

„Ich führe keine Debatte über Steuererhöhungen und bin dagegen, an Steuersätzen zu drehen.“

(Hans Eichel, 30. September 2002, *Süddeutsche Zeitung*)

„Wir haben keine Steuererhöhungen geplant, keine angekündigt und wir werden auch keine machen.“

(Ludwig Stiegler, 28. September 2002, *ARD*)

Zugegeben: Gerd war nicht der einzige Lügenbold vor der Wahl. Da hatte er noch seine Kumpels. Aber ganz klar ist: Gerd stand und steht an der Spitze und hat die politische Verantwortung für das, was gemacht wurde.

Einige von Gerds Kumpels haben gemerkt, wie schlecht ihre Lügen bei den Menschen angekommen sind. „Die Leute waren stinksauer, dass wir ihnen vor der Bundestagswahl die Probleme weitgehend verschwiegen haben und dann mit 50 Steuererhöhungen ankamen.“ So Sigmar Gabriel im Stern vom 6. November 2003. Sigmar Gabriel ist nicht irgendwer, er war Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und damit ein Nachfolger von Gerd in diesem Amt.

Ich bekenne, einer von den Leuten zu sein, die sauer waren. Ja, ich war stinksauer. Stinksauer auf Gerd und seine ganze Bande, die um der lieben Macht und des lieben Geldes willen die Menschen in unserem Land verarschen und ins Kreuz treten. Ich finde, dass kein Politiker in unserer Demokratie das Recht haben sollte, so mit dem Wahlvolk umzugehen.

Mit dieser Frage hat sich nach der letzten Bundestagswahl sogar ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages beschäftigt. Er kam zu dem Ergebnis, dass nicht gelogen wurde. Weder durch Gerd, noch durch seine Regierungsgenossen. Wen wundert's angesichts der rot-grünen Mehrheit in diesem Ausschuss?

Elmar Brandt drückte es in seinem Steuersong auf seine Weise aus. Seinen Gerd ließ er unter anderem folgenden Text singen:

*Ich erhöh´ Euch die Steuern
Gewählt is gewählt,
ihr könnt mich jetzt nicht mehr feuern
das is ja das Geile an der Demokratie...*

Mit anderen Worten: aus Sicht von Elmar Brandt hat Gerd die Deutschen so richtig verarscht und danach abgezockt.

Die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien sahen das im Wahllügenausschuss übrigens relativ ähnlich wie Brandt. Die CDU hat sogar einen „Minderheitsbericht“ vorgelegt. Wirklich genützt hat es nichts.

Was ich Gerd vorwerfe

Nach der letzten Wahl wurde dann für alle klar, dass unser Land im Grunde genommen Pleite ist. Der von Gerd angeführte Staat sieht aber irgendwie nicht ein zu sparen und vielleicht von der einen oder anderen (kostenintensiven) Aufgabe Abstand zu nehmen. Nein: Wenn der Staat pleite ist, muss halt mehr Geld in die Kasse.

Ganz toll hatte Franz Müntefering das Denken vieler Regierungspolitiker ausgedrückt. Er hat von den Bürgern verlangt, privat weniger Geld auszugeben und dafür mehr dem Staat zu geben. Die ach so wichtigen Aufgaben müssen ja irgendwie bezahlt werden. Wahrscheinlich war Herrn Müntefering gar nicht bewusst, was er da von sich gab. Wir sollten ihm dankbar sein für den ehrlichen Einblick in seine Denkweise, den er uns geboten hat. Irgendwann muss er es aber gemerkt haben, und hat sich mit diesen Ratschlägen zurückgehalten.

Brandts Steuersong war zu diesem Zeitpunkt schon länger auf Platz 1 der Hitparade gewesen. Und dort empfiehlt der Blödel-Kanzler seinen Bürgern:

*wenn Du klamm bis',
kauf' doch öfter mal bei Lidl,
oder Penny Markt oder Aldi.....
oder mal gar nichts*

Gar nichts! Das haben die Leute dann auch gemacht. Das ging so weit, dass Gerd seine Bürger offen aufgefordert hat mehr zu konsumieren. In der Neujahrsansprache am 31. Dezember 2003 sagte er:

„Mir war bei diesen Änderungen wichtig, dass ab morgen auch die Steuern für alle weiter gesenkt werden. So kann der wirtschaftliche Aufschwung, der sich bereits deutlich abzeichnet, an Fahrt gewinnen.

Übrigens: Vergessen Sie nicht, dass Sie es zu einem großen Stück selbst in der Hand haben, wie es mit der Wirtschaft in Deutschland weitergeht. Auch Sie ganz persönlich

können Konjunkturmotor sein: Ihr Vertrauen in die Zukunft entscheidet mit über den Arbeitsplatz Ihres Nachbarn!“

Dumm nur, dass keiner so rechtes Vertrauen in Gerds Politik hatte. Zu Durchsichtig war Gerds Durchhaltepropaganda. Die Schuld am verlorenen Arbeitsplatz des Nachbarn auf die Bürger zu schieben, die lieber für schlechte Zeiten (unter Gerd) vorsorgen als ihre wenige Kohle zu verprassen, ist schon ein starkes Stück.

„Konsumverweigerung“ – ein sehr interessantes Wort, das fast wie „unterlassene Hilfeleistung“ oder „Tötung durch Unterlassen“ klingt. Dass der Grund für die „Konsumverweigerung“ vielleicht darin liegen könnte, dass die Menschen schlicht und ergreifend keine Kohle zum verprassen haben? Im Gegensatz zum von Gerd angeführten Staat halten die meisten Menschen es so, dass sie nur das ausgeben, was sie sich zu leisten können glauben.

Ein anderer Grund für die „Konsumverweigerung“ mag darin zu sehen sein, dass man die wenigen Groschen, die noch da sind, auf die Seite legen will, weil man befürchtet, dass unter Gerd noch schlechtere Zeiten anbrechen werden. Ob Gerd selbst auf diese Idee gekommen ist, als er seine Neujahrsansprache vorbereitet hat?

Lustig ist, wie giftig einige Politiker auf Elmar Brandts Steuersong reagiert haben. Ich finde, in einer freien Gesellschaft müssen Politiker es sich gefallen lassen, karikiert zu werden. Wenn die Nerven bei den Rot-Grünen da blank lagen, sagt das schon eine ganze Menge aus. Nur getroffene Hunde jaulen.

Kommen wir noch einmal auf die Neujahrsansprache 2003 zurück. Diese schloss der Kanzler mit den Worten: *„Lassen Sie uns mit Vertrauen und Zuversicht ins neue Jahr geben.“* Die meisten Bundesbürger haben sich gefragt, worauf man unter Gerhard Schröder noch vertrauen soll. Gerd selbst gab nie eine glaubwürdige Antwort.

Gute Gründe gegen Gerd

Arbeitslosigkeit unter Gerd

Eine halbe Millionen weniger Arbeitslose versprach Gerd Schröder im Wahlkampf 1998. Daran wolle er gemessen werden. Heute haben wir fast eine halbe Millionen Arbeitslose mehr. Die gehen zum größten Teil auf das Konto der rot-grünen Regierungschäoten, die mit ihrer Arbeits- und Wirtschaftspolitik die Wirtschaft und damit die Arbeitsmarktperspektiven nach ihrem Machtantritt massiv abgewürgt haben.

Sehen wir uns erst einmal die nackten Zahlen an. Im August 1998, der letzte Monat unter Helmut Kohls Regentschaft, gab die Arbeitslosenstatistik an, dass 4.095.432 Menschen in ganz Deutschland ohne Job waren. Eine Arbeitslosenquote von 10,6 Prozent.

Im Dezember 2000 schien Gerd auf dem Weg zu sein, sein Wahlversprechen einzulösen. Arbeitslos waren 3.808.884 Menschen gemeldet, die Quote betrug 9,3 Prozent. Wir erinnern uns an diese Zeit: Der Internet-Hype war noch nicht ganz abgeklungen. Die allgemeine Börsen-Euphorie fand ihr Ende. Manches Unternehmen konnte die (selbst geweckten) Erwartungen nicht erfüllen und scheiterte. Die Folge dieser Entwicklung war, dass viele Unternehmen aufgeben mussten. Für die Beschäftigten bedeutete dies den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Gleichzeitig wurde es immer schwerer, einen neuen Job zu finden. Im Januar 2002 waren dann 4.289.922 Menschen ohne Job, eine Quote von 10,4 Prozent. Im Januar 2003 tauchten 4.623.004 Menschen in den Arbeitslosigkeitsstatistiken auf. Eine Quote von 11,1 Prozent. Bis zum Redaktionsschluss dieses Buchs sank sie nicht mehr unter 10 Prozent.

Dass Gerd seine Ankündigung, es solle unter seiner Regentschaft mindestens 500.000 Arbeitslose weniger geben, nicht eingehalten hat,

wissen alle. Daran wollte er zwar gemessen werden, war im nachhinein aber froh, dass die Bundesbürger ihn in diesem Punkt nicht beim Wort nahmen.

Fakt ist, dass unter Gerd die Arbeitslosenzahlen angestiegen sind. Glaubt man den Statistiken, so wird man von einem „leichten Anstieg“ reden können. Aber den Statistiken kann man nicht glauben. Denn die statistischen Kriterien sind geändert worden. Am 11.10.2002 meldete die Tageszeitung *Die Welt*, SPD und Grüne wollten die deutsche Arbeitsmarktstatistik an internationale Standards angleichen, was zu einer geringeren ausgewiesenen Arbeitslosenquote führen dürfte.

Hierüber und über Tricks, wie die Arbeitslosen-Statistik durch die Regierung frisiert wird, berichtet der Rechtsanwalt Rainer Langenhan in seinem Internetdienst log.handakte.de.

Die Bundesanstalt für Arbeit erfasst diejenigen als arbeitslos, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten, die eine versicherungspflichtige Stelle (mit mindestens 15 Wochenstunden) suchen, die der Arbeitsvermittlung unbeschränkt zur Verfügung stehen, die unter 65 Jahre sind und keine Altersrente beziehen, und schließlich die, die sich beim Amt als arbeitslos gemeldet haben. Alle diese Voraussetzungen müssen gleichzeitig erfüllt werden. Damit fallen eine ganze Reihe von Menschen durch die Raster der durch die Regierung vorgegebenen Arbeitslosenstatistiken.

Bis 2004 waren die Verfälschkriterien für die Arbeitslosenstatistik ultradreist. Dort tauchen unter anderem folgende Personen nicht auf:

Gemeldete Arbeitslose, die sich in einer Umschulung oder Weiterbildung befinden, da sie ja angeblich dem Beschäftigungsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die Qualität einer solchen Maßnahme ist egal, es reicht also schon die Teilnahme an einem Kurs in MS Word aus.

Wieder Eingestellte, die jeden möglichen Job von 15 Stunden oder mehr pro Woche annehmen, fielen aus der Statistik. Ob man damit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann oder nicht, ist egal.

Arbeitslose, die sich nicht trauen, sich arbeitslos zu melden, tauchen auch nicht in der Statistik auf. Das war schon immer so. Es gibt immer noch Leute die sich schämen zuzugeben, nicht mehr in Lohn und Brot zu stehen und der Allgemeinheit „zur Last“ fallen zu müssen.

Arbeitslose, die selbst gekündigt haben, gelten auch nicht so richtig als arbeitslos und tauchen daher in der Statistik nicht auf. Weshalb die Kündigung erfolgte, ist egal. Wer Mobbing nicht mehr aushielt, sich sexueller Belästigung entziehen wollte oder z.B. bei Bilanzfälschungen oder anderen unredlichen Dingen nicht mitmachen wollte und deshalb ging, gilt nicht als arbeitslos.

Übrigens: wenn die Arbeitslosen nicht aus ehrenwerten Gründen selbst gegangen sind, sondern z.B. gekündigt wurden weil sie geklaut haben, gelten sie als arbeitslos. Diebe beziehen soziale Leistungen und werden statistisch erfasst. Dieses Ergebnis nennt sich aus Sicht von Gerds Regierung soziale Gerechtigkeit – nach meiner Meinung ist es Irrsinn.

Arbeitslose, die aufgrund einer Kündigung oder einer Arbeitsgerichtsentscheidung von der Arbeit freigestellt sind, beziehen ihre Kohle weiter vom alten Arbeitgeber. Zwar stehen sie dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung. Aber so richtig arbeitslos sind sie doch nicht.

Spätaussiedler, auch solche mit einer qualifizierten Ausbildung in ihrem Herkunftsland, sind auch nicht so richtig arbeitslos. Sie gelten als schwer vermittelbar.

Menschen, die auf Grund der Arbeitsmarktsituation lieber eine objektiv nicht notwendige Aus- oder Weiterbildung wählen, stehen dem

Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Auch wenn sie lieber arbeiten als die Schulbank drücken würden... arbeitslos sind sie statistisch nicht.

Arbeitslose, die ihr Berufsleben unterbrochen haben um z.B. einen Familienangehörigen zu pflegen, stehen dem Arbeitsmarkt ja nicht zur Verfügung. Also sind sie nicht arbeitslos.

Menschen über 48 gelten als schwer vermittelbar. Ein gesellschaftlicher Skandal, wie wenig erworbene Lebenserfahrung auf dem Arbeitsmarkt offenbar wert ist! Und was nichts wert ist, soll auch in keiner Statistik auftauchen.

Arbeitslose, die nach zig erfolglosen Bewerbungen resigniert haben und sich nicht regelmäßig zurückmelden, stehen dem Arbeitsmarkt ebenfalls nicht zur Verfügung. Also nimmt die Regierung sie gar nicht erst in ihre Statistik auf.

Rechtsanwalt Rainer Langenhan schätzt die Zahl derjenigen Menschen, die in Deutschland wirklich arbeitslos sind, auf etwa 8 bis 10 Millionen. Genau kann das niemand sagen.

Zu Beginn des Jahres 2005 wurden die Kriterien für die statistische Erfassung wieder mehr in Richtung Ehrlichkeit verändert. Das muss man wohl vor allem Wolfgang Clement zugute halten, der die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe politisch zu managen hatte.

Agenda 2010

Das Allheilmittel für und gegen alles zugleich ist in der Regierungspropaganda die Agenda 2010. Und weil man es ja hat, wurde zur Jahreswende 2004/05 kräftig die Werbetrommel gerührt. Schlappe 520.000 Euro kostete eine Werbebeilage für mehrere überregionale Zeitungen, wie Spiegel-Online am 1. Januar 2005 berichtete. Darin bilanzierte die Regierung am Donnerstag ihre bisherigen Reformen und

informierte über die Neuregelungen 2005. Der CDU-Haushaltspolitiker Dietrich Austermann brachte es auf den Punkt: eine „überteuerte rot-grüne Werbemaschine“ sei hier gelaufen.

Die Hartz-Reformen

„Wenn Du nicht mehr weiter weißt, bilde einen Arbeitskreis...“

So oder ähnlich mag Gerd sich das gedacht haben, als er Experten anheuerte, um so richtig doll was gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit zu tun.

Das Aushängeschild und zugleich der Namensgeber der Schröder'schen Sozialreformen war der ehemalige Arbeitsdirektor und Personalvorstand von VW, Peter Hartz. Als Ende Juni/Anfang Juli 2005 herauskam, dass leitende Mitarbeiter und auch Betriebsratsmitglieder bei VW sehr kreativ waren, was die Steigerung ihrer privaten Einnahmen anbelangte, geriet Peter Hartz in der Öffentlichkeit unter Druck. Schließlich berichtete *BILD* davon, dass VW seine Arbeitnehmervertreter zu Luxusreisen mit großzügigem Spesenkonto eingeladen hatte. Über Peter Hartz wurde berichtet, dass ihm mehrfach eine brasilianische Prostituierte für sein höchst privates Vergnügen zugeführt wurde. Das ist die Version von Hartz IV, wenn es um Gerd und seine Kumpels geht.

Da sich um die einfachen Menschen ohne großes Vermögen, die einfach nur auf ehrliche Weise ihren Lebensunterhalt verdienen möchten und dank Gerds Politik dazu keine Perspektive haben, die brasilianische Prostituierte mit Modelfigur nicht kümmern konnte (sie war ja anderweitig beschäftigt), musste für diese Menschen eine andere Version von Hartz IV erfunden werden. Was das Aushängeschild der Sozialreformen (laut *BILD* auf Kosten seines Arbeitgebers) verprassen durfte, steht einfachen Menschen natürlich nicht zu. Die haben nur ein Recht auf Kürzungen.

Ich bin ja nicht grundsätzlich dagegen, bei der Sozial- und Arbeitslosenhilfe die Zügel teilweise etwas fester anzuziehen. Wer arbeiten kann und dafür nur zu faul ist, der hat kein Anrecht auf die Hilfe der Solidargemeinschaft. Aber darum geht es vielfach nicht, wenn man mal jenseits der Regierungspropaganda auf die Wirklichkeit sieht.

1-Euro-Job

Der Gipfel der Hartz'schen Arbeitsmarktreformen ist meiner Ansicht nach der sogenannte 1-Euro-Job.

Worum handelt es sich dabei? Um eine Maßnahme, die Empfänger von Leistungen der Bundesanstalt wieder motivieren soll, sich einen Job zu suchen. Und Arbeitgeber sollen motiviert werden, auch Menschen mit langer Arbeitslosigkeit eine Chance zu geben. Hört sich gut an. Ist es aber nicht.

Umgesetzt wird die Idee im Prinzip so, dass die Bezieher von Leistungen diese zunächst weiter bekommen. Sie werden aber zu gemeinnützigen Tätigkeiten herangezogen. Ein geistiger Irrläufer zog eine Parallele zum Reichsarbeitsdienst, die aber verfehlt ist.

Ihre gemeinnützigen Arbeitgeber legen noch einen Euro pro Stunde drauf, und so verbessern sie ihr Einkommen. Toll in der Theorie. In der Praxis hat diese Regelung aber ganz entscheidende Schwachpunkte.

Zum einen gibt es viele Menschen in Deutschland, die keine oder nur eine sehr geringfügige berufliche Qualifikation haben. Viele haben noch nicht einmal einen Schulabschluss. Früher konnten solche Menschen oft als ungelernete Arbeiter ihr Auskommen finden. Heute werden viele solcher Tätigkeiten von Maschinen erledigt, so dass Arbeitsplätze für Geringqualifizierte rar sind.

Aber noch gibt es welche. Und es gibt Menschen, die durchaus bereit sind für 5 oder 6 Euro die Stunde zu arbeiten, und die damit ihr Auskommen

finden. Und es gibt noch Unternehmen, die solche Menschen beschäftigen. Aber warum sollte ein Arbeitgeber solchen Menschen eine Chance geben, wenn er 1-Euro-Jobber zu einen viel günstigeren Satz haben kann? Auch im sozialen Bereich braucht man Leute für eher einfache Tätigkeiten.

Ich denke, dass viele Arbeitgeber irgendeinen Weg finden werden, die bei ihnen vorhanden Jobs als „gemeinnützig“ zu deklarieren. Die normalen Arbeitnehmer haben dann ein Problem. Erste Erfahrungen bestätigen diese Befürchtung. Wenn eine Kommune umziehen muss, ist dies gemeinnützig. Wenn ein Stadtpark aufgeräumt werden soll, ist dies gemeinnützig. Wo früher durch einen entsprechenden Auftrag die Arbeitsplätze bei einer Umzugsfirma gesichert wurden, werden heute zum Teil 1 Euro Kräfte herangezogen.

Und sein wir doch mal ehrlich: jeder, der schon einmal krank in einem Krankenhaus war oder Einblicke in ein Pflegeheim hatte weiß doch, dass die Krankenschwestern und Pfleger eine verdammt harte Arbeit machen, für die sie meist nicht allzu gut bezahlt werden. Dass solche Tätigkeiten ein wirklich gemeinnütziger Dienst am Nächsten sind, wird auch niemand ernsthaft bestreiten können. Weshalb sollen Arbeitnehmer in sozialen Berufen nun Konkurrenz von 1-Euro-Jobbern bekommen? Dort arbeiten meist Leute, denen es vor allem um die Menschen geht, für die sie da sind. Nicht um den dicken Reibach am Monatsende. Sollen die sich ihre Gehälter jetzt wegen der 1-Euro-Jobber Konkurrenz noch drücken lassen?

Ich befürchte, dass die 1-Euro-Jobs Arbeitsplätze für Menschen ohne oder mit geringer beruflicher Qualifikationen vernichten. Dass reguläre Arbeitsplätze im sozialen Bereich vernichtet werden.

All diese Menschen werden dann in die Mühlen des Sozialstaates gedrängt und so letzten Endes zu 1-Euro-Jobbern gemahlen. Haben sie das verdient?

Vielleicht ist es für einen Teil der 1-Euro-Jobber später noch nicht einmal der große Unterschied, was ihr tatsächliches Einkommen anbelangt. Aber wer bezahlt es? Der Arbeitgeber legt ja nur einen Euro drauf. Der Rest kommt von der Bundesagentur. Vom Staat. Finanziert aus Steuern und Sozialabgaben. Mit anderen Worten: die arbeitenden Menschen in Deutschland finanzieren Arbeitgebern billige Arbeitskräfte für geringqualifizierte Jobs. Die Geringverdiener leisten mit ihren Steuern und Sozialabgaben einen Beitrag dazu, den eigenen Arbeitsplatz und die eigene wirtschaftliche Existenz zu vernichten. Danke Gerd!

Ich finde, das kann nicht sein. Zumal da die Steuern zu einem großen Teil von Menschen mit mittlerem oder unterdurchschnittlichem Einkommen aufgebracht werden, die sich weder einen Steuerberater noch „Steuersparmodelle“ leisten können.

Verkündet Gerd Schröder nicht andauernd sein Credo von der sozialen Gerechtigkeit, dass nicht von unten nach oben umverteilt werden dürfe? Mir scheint, das sind alles nur hohle Worte. Eine schon menschenverachtende Frechheit angesichts der Auswirkungen seiner Politik.

Tatsächlich findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die arbeitende Bevölkerung finanziert die 1-Euro-Jobs, den Profit bekommen die Arbeitgeber. Wenn man Menschen damit dauerhaft in Lohn und Brot bringen würde, wäre das ja noch für eine vorübergehende Zeit hinzunehmen. Aber wird es diesen Effekt geben?

Ein letztes zu diesem Thema. Wie würde ich mich fühlen, wenn ich einen 1-Euro-Job hätte? Habe ich zum Glück nicht. Ich arbeite in einem großen Unternehmen. Mein Arbeitgeber zahlt sehr zuverlässig mein Gehalt. Und

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

ich erfahre durch Kunden, Vorgesetzte und meine Kolleginnen und Kollegen ein gewisses Maß an Wertschätzung. Das ist wichtig für mich.

Und ich denke, dass es jedem so geht. Klar, die Kohle muss stimmen für das was man tut. Aber man ist Mensch, nicht rechtloser Sklave! Wenn man überhaupt keine Anerkennung für seine Arbeit erfährt, macht sie sehr schnell keinen Spaß mehr.

Welche Anerkennung kann man für einen Job erwarten, wenn der Arbeitgeber dabei immer nur an den einen Euro pro Stunde denkt, den er dafür nur ausgeben muss? Was nichts oder wenig kostet, ist den Menschen nichts oder wenig wert. So denken die meisten nun einmal. So betrachtet wird der 1-Euro-Job richtiggehend zu einem Kainsmal, das der Staat den Unglücklichen auf die Stirn brennt, die in die Mühlen der Arbeitsverwaltung geraten sind.

Ich finde, so darf man mit Menschen nicht umgehen. Niemand hat verdient, zu einer „billigen Nummer“ abgestempelt zu werden! Niemand, der sich müht und fleißig schafft hat es verdient, dass man seine Arbeit gering schätzt – weil sie den Arbeitgeber wenig kostet.

2005: Arbeitslosigkeit auf Rekordhoch

4,381 Millionen Menschen waren in 2004 ohne Arbeit. So viele Arbeitslose hat es seit der Wiedervereinigung niemals gegeben. Dabei hatte die Bundesregierung schon kräftig an der Statistikschaube gedreht, damit man ihrer desaströsen Politik nicht auf die Schliche kommt: die Kriterien für die Aufnahme in die Arbeitslosenstatistik wurden geändert, damit es nicht „so viel“ aussieht. Menschen, die in „Trainingsmaßnahmen“ vermittelt worden waren oder aus anderen Gründen dem Arbeitsmarkt (angeblich) nicht zur Verfügung standen, werden statistisch ignoriert.

Wie Prognosen zur wirtschaftlichen Situation durch Gerd und seine Kumpels ganz offenbar zu rein propagandistischen Zwecken genutzt werden, wird am Beispiel des Herbstgutachtens 2004 des IFO Instituts deutlich. Die konjunkturelle Erholung setze sich fort, die Arbeitslosigkeit solle zurückgehen erklärt die Bundesregierung am 19. Oktober 2004 die regierungsamtliche Lesart. Anders aber z.B. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt: „Die binnenwirtschaftlichen Impulse bleiben aber auch in diesem und im nächsten Jahr zu schwach, um einen sich selbst tragenden Aufschwung zu erzeugen. Entwarnung kann daher nicht gegeben werden...“. So seine Presseerklärung vom selben Tage. Es sollte sich zeigen, dass Dr. Hundt mit seiner Sachkenntnis und Wirklichkeitsnähe Recht behalten sollte. Das Leben richtet sich nicht nach regierungsamtlichen Wünschen, wie an der Situation am Arbeitsmarkt deutlich wird. Im Jahresdurchschnitt 2004 waren 4,381 Millionen Menschen ohne Arbeit, so musste die *Welt* in ihrer Ausgabe vom 5. Januar 2005 berichten. So viele Elend und Perspektivlosigkeit wie unter Gerds Regierung hat es in Deutschland seit der Wiedervereinigung nie gegeben.

Im Dezember, kurz vor Start von Hartz IV, gab es 4,464 Millionen Arbeitslose. Dieses Rekordhoch ist auch darauf zurückzuführen, dass eine Reihe von Menschen sich erstmals arbeitslos gemeldet hatten: vielen Sozialhilfeempfängern war vor dem Start des „Arbeitslosengeldes II“ dazu geraten worden. Die rot-grüne Propaganda läuft aber auf vollen Touren.

Christoph Schiltz kommentiert die Situation in der *Welt* vom 5. Januar 2005 wie folgt: „Die reale Unterbeschäftigung, die neben den registrierten Arbeitslosen auch die stille Reserve umfasst, dürfte weiterhin bei rund sieben Millionen verharren. Auch das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen stagniert. Die Zahl der Erwerbstätigen wird zwar aufgrund von Ich-AGs, Mini-Jobs und Ein-Euro-Jobs leicht steigen, gleichzeitig werden aber die sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnisse erneut sinken. Es gibt keinen Lichtblick.“ Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Wolfgang Clement, dem von Gerd schon einmal vorsorglich die politische Verantwortung für Hartz IV zugeschoben wurde, geht von einem „allmählichen Rückgang“ der Arbeitslosenzahlen in 2005 aus und einer „Trendwende“ in 2006.

Vermutlich um zu zeigen wie wenig die Regierungspropaganda mit der Wirklichkeit zu tun hat, stieg die Zahl der Arbeitslosen Anfang 2005 offiziell auf über 5 Millionen Menschen. Jetzt, im Sommer 2005, ist diese Zahl wieder leicht unter die Marke von 5 Millionen gefallen. „Saisonbedingt“ sei diese Zunahme an Jobs. Es hat also nichts damit zu tun, dass unter der Verantwortung von Gerd eine Politik gemacht würde, die den allermeisten Menschen die Chance eröffnet ihr Brot selbst zu verdienen und nicht auf vom Staat gewährte Almosen angewiesen zu sein. Rechtzeitig als die Bundesregierung beschloss, sich durch eine vorgezogene Bundestagswahl ein Jahr früher dem Votum der Wähler zu stellen, gingen die Arbeitslosenzahlen wie bestellt wieder etwas zurück. Ein Schelm, wer da an Zufall denkt.

Ich streite ja gar nicht ab, dass manche der jüngsten Reformen auch sinnvoll war. Zum Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Wir haben uns in der Vergangenheit zwei teure Bürokratien für staatliche Transferleistungen an Menschen ohne ausreichendes selbst erzielt Einkommen geleistet, das war eine ungeheure Geldverschwendung.

Weshalb hat man aber nicht gleichzeitig das Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht so verändert (=vereinfacht), dass es für Betriebe in keinem Fall zu einem wirtschaftlichen Risiko wird, einen neuen Mitarbeiter einzustellen? Wenn bei Opel tausende Arbeitsplätze in Gefahr sind, regt sich die gesamte Republik auf. Aber in kleinen mittelständischen

Unternehmen gehen jeden Monat tausende Arbeitsplätze verloren oder werden wegen der rechtlichen Rahmenbedingungen gar nicht erst geschaffen. Gäbe es in Deutschland einen gesunden Mittelstand, der im Vergleich mit internationalen Konzernen faire Rahmenbedingungen hat, so wäre die Lage nicht so perspektivlos.

Die Steuerlüge von der sozialen Gerechtigkeit

Rechtzeitig vor der Bundestagswahl hat die SPD in ihrer Propaganda die „soziale Gerechtigkeit“ wieder entdeckt und möchte, dass Bezieher ganz besonders hoher Einkommen einige Prozent mehr Steuern zahlen. Das ist großes Blendwerk, denn gerade diesen Menschen stehen unzählige Steuerschlupflöcher offen. Wer viel „von der Steuer absetzen“ kann, zahlt weniger als er seinem Einkommen nach müsste. Ehrlicher wäre es, wenn man diese Schlupflöcher (die für Normalverdiener meist nicht existieren) schließen würde. Dann könnte man den Spitzensteuersatz sogar senken – unterm Strich würden die Bezieher höherer Einkommen mehr an den Staat abführen müssen.

Warum ist die SPD nicht so ehrlich, dies zuzugeben und entsprechend zu handeln? Es würde Gerds Kumpels treffen, denen durch große Aufträge auf Staatskosten ein gutes Auskommen beschert wurden. Das geht nicht.

Berater

Berater - die einen halten sie für die moderne Variante von Pest und Cholera. Die anderen halten sie für einen innovativen und dringend benötigten Zweig des modernen Dienstleistungswesens. Fest steht, dass sie sich ihre Tätigkeit gut bezahlen lassen. Kein Problem eigentlich, wenn nicht Steuergelder in Millionenhöhe ausgegeben werden, ohne dass Leistung und Gegenleistung für den Steuerzahler transparent sind.

Gerd greift beim Regieren auf eine Menge beratender Gremien und Kommissionen zurück. Dies neben den im Grundgesetz für die jeweiligen Aufgaben vorgesehenen Institutionen.

Was mich daran stört ist relativ einfach. Unser Staat verfügt heute über so viele erstklassig ausgebildete Beamte und Angestellte, wie noch kein deutscher Staat zuvor. Und dennoch fließen Millionen Euro Steuergelder in die Taschen von Beratern, deren Tätigkeit als dringend notwendig betrachtet wird. Muss sein? Wofür finanzieren wir Steuerzahler denn den aufgeblähten Beamtenapparat mit seinen sicheren Arbeitsplätzen und der sicheren sozialen Absicherung? Wozu haben sich so viele Staatsdiener den fachlich qualifiziert und sind (allen Unkenrufen zum Trotz!) im Prinzip sehr engagiert und leistungswillig?

Gerds Kommissionen werden meist öffentlichkeitswirksam inszeniert. Laut Schröder sollen sie dazu dienen, einen breiten Konsens der Experten bei den angestrebten Reformen sicherzustellen.

Die Namen sind meist sehr bekannt. Zu Gerds Kommissionen gehören das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, der nationale Ethikrat, die Weizsäcker-Kommission zur Zukunft der Bundeswehr, die Süßmuth-Kommission zur Zuwanderung nach Deutschland, die Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-Kommission) und die Rürup-Kommission zur Zukunft der Sozialsysteme. Dies sind nur die bekanntesten dieser Gremien, die für die Bundesregierung beratend tätig sind.

Interessant ist jedenfalls, dass der Begriff Räterepublik auch schon mal als Bezeichnung für die Bundesrepublik unter Gerd verwendet wurde, weil der Entscheidungen zunehmend in Räten und Kommissionen vorbereitet werden, ehe sie als Gesetzentwürfe den Parlamentsausschüssen vorgelegt werden. Die Abstimmungen erfolgen durch die Abgeordneten des Parlaments, und nicht durch die Räte und Kommissionen, so dass man

hier allenfalls eine gewisse Polemik erkennen kann. Deutlich wird aber, dass die von unserer Staatsverfassung eigentlich vorgesehenen Vorbereitungs- und Entscheidungsorgane unter Gerd mehr und mehr zu reinen Umsetzungsorganen degradiert werden. Die eigentlichen Entscheidungen fallen außerhalb der vom Grundgesetz dafür vorgesehenen Gremien.

Sehr interessant ist ein Blick auf diejenigen, die im Stillen als Berater tätig sind und sich auch so nennen. Ich meine Unternehmensberatungen, die gegen hohe Bezahlung für Gerd und seine Kumpels tätig sind.

Wenn man Berater anstatt der dafür vorgesehenen, eingestellten und bezahlten Staatsdiener für Planungsaufgaben heranzieht, ist dies nicht unproblematisch. Man kann Gerd vorwerfen, auf diese Weise grundlegende Mechanismen der Demokratie auszuhebeln. Wir haben schon gesehen, dass dieser Vorwurf bei den großen Entscheidungsfindungskommissionen unter Gerd nicht unberechtigt ist. Beim Einsatz von Unternehmensberatungen muss man gerechterweise aber doch etwas unterscheiden.

Externe Berater für Staatsaufgaben zu beschäftigen ist keineswegs eine Erfindung von Gerd und seinen Genossen. Das gab es auch schon vorher. Die Befürworter solcher Aufträge weisen denn auch gerne darauf hin, dass der Einsatz von Staatsdienern für „gewisse“ Aufgaben zu destruktiver Blockadehaltung missbraucht wurde.

Ganz unberechtigt mag diese Befürchtung nicht sein, denn letzten Endes müsste ein solcher Staatsdiener die innere Freiheit haben, zum Beispiel auch mal seinen eigenen Aufgabenbereich für überflüssig zu erklären. Wer sägt schon gerne den Ast ab, auf dem er sitzt?

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen. Was mich wirklich stört ist, dass Unternehmensberatungen Aufträge in Millionenhöhe erhalten haben, und dies zum Teil unter Umgehung der dafür vorgesehenen Wege.

Ich möchte das an zwei Beispielen aus der jüngsten Zeit deutlich machen: dem Einsatz von Beratern durch die „Bundesagentur für Arbeit“ und das Verteidigungsministerium.

Der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit kostet so richtig Geld. Von nichts kommt nichts. Allein in 2003 wurden 32 Millionen Euro ausgegeben. Für 2004 waren ca. 40 Millionen vorgesehen. Die exzessive Berateritis - zu einem guten Teil ohne ordentliche Ausschreitungen - schafft so richtig Geld aus den Staatskassen in die Portemonnaies der einschlägigen Beratungsunternehmen. Der Stern brachte hierzu im Januar 2004 einen sehr interessanten Bericht.

Unter der Überschrift Transparenz statt Beraterfilz wurde berichtet, in welchem Ausmaß hier Gelder an Unternehmensberatungen weitergeschafft worden sind. Florian Gersters letzte Runde an der Spitze des Arbeitsamtes wurde hier eingeleitet. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Neben den am Freitag von Gerster eingeräumten Verträgen mit der Unternehmensberatung Roland Berger in Höhe von insgesamt 12,4 Millionen Euro seien weitere vier Unternehmen beauftragt worden...“ Neben Roland Berger handele es sich noch um McKinsey, IBM, Ernst & Young und BearingPoint. Die ARD berichtete sogar von 38 Millionen Euro, die an diese fünf Unternehmen geflossen sein sollen.

In 2004 stünden demnach 40,2 Millionen Euro für Sachverständige zur Verfügung, zu denen auch Unternehmensberatungen zählten. In 2003 seien es 32 Millionen Euro gewesen. Man fragt sich wirklich, wofür der Staat von seinen Beamten eine fundierte fachliche Ausbildung verlangt! Zig Millionen von ehrlichen Arbeitnehmern hart verdienter Euros für Berater, weil die hoch bezahlten Beamten in ihren sicheren Jobs es angeblich nicht können! Das ist nicht nur eine Ohrfeige für alle Steuerzahler! Das ist auch eine Ohrfeige für alle ehrlichen und engagierten Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit.

Wenigstens wird dieses Problem in der Politik inzwischen auch gesehen. Der CDU-Mittelstandssprecher Hartmut Schauerte sprach sich in der Chemnitzer „Freien Presse“ für klare Grundsätze für die Beratungsbranche im Umgang mit Regierungsstellen aus und kritisierte die zunehmende Abhängigkeit von Beratern. Diese werde immer mehr zu einem Armutszeugnis für die Beamten. Die Gefahr von „Beratungsfilz“ sei nicht mehr zu übersehen.

Auf einen ganz entscheidenden Punkt machte Schauerte laut Stern aufmerksam. Roland Berger war Mitglied der Hartz-Kommission. Damit hätte sein Unternehmen für eine Beratung bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze eigentlich nicht in Frage kommen dürfen. Die Berliner Zeitung meldete, dass auch McKinsey einen Experten in der Hartz-Kommission gehabt habe. Schauerte kam zum Schluss, dass manche nur deshalb in solche Kommissionen, um sich millionenschwere Aufträge zu sichern. Nach Ansicht des Professors an der Verwaltungshochschule Speyer, Hans Herbert von Arnim, sei eine solche Vermengung von Beratungstätigkeit und Politik dann auch hart an der Grenze zur Korruption. Meiner Meinung nach ist das Wort Vetternwirtschaft besser. Dazu aber später.

Zum zweiten Beispiel: der Bundeswehr. Im Dezember 2003 brachte ein Bericht des Stern den „Fall Struck“ zum köcheln. Das geriet aber recht schnell wieder in Vergessenheit. Was war passiert?

Auch der Verteidigungsminister muss umstrukturieren... und wen brauchte er dazu? Die üblichen Verdächtigen: Berater. 12 von 16 Aufträgen gingen dabei nach Angaben des Verteidigungsministeriums an die Unternehmensberatung Roland Berger. Nur für einen Auftrag habe es dabei eine ordentliche öffentliche Ausschreibung gegeben. Das Auftragsvolumen habe laut Stern allein für Roland Berger ca. 14,3 Millionen Euro seit 2001 betragen – ohne Ausschreibung. Von den

Menschen in unserem Lande hart erarbeitete Steuergelder. Das damit verfolgte „Integrierte Reformmanagement“ sei jedoch gescheitert.

Der CDU-Haushaltsexperte Dietrich Austermann kommentierte die Angelegenheit damals wie folgt: „Der Fall Gerster ist gegen die Struck-Affäre nur ein kleiner Fisch.“ Im Ergebnis musste Gerster gehen und Struck durfte bleiben.

Das Verteidigungsministerium ging in die Offensive und verteidigte diese Auftragsvergabe. Als Begründung musste der „historische Umbau der Bundeswehr“ herhalten. Außerdem würden die Unternehmensberatungen ein „großes Plus“ in der Kasse der Streitkräfte bringen. Wirklich toll. Wie stark sind die Ausgaben für Verteidigungsangelegenheiten denn dank Roland Berger und Konsorten gesunken? Weshalb werde ich den Eindruck nicht los, dass sich da einige Leute gegenseitig die Taschen mit öffentlichen Geldern voll machen – egal was dabei rauskommt.

Weshalb nehmen die Unternehmensberatungen eigentlich kein Erfolgshonorar? Sie werden schon wissen, warum! Dann müsste man nämlich objektiv messen und letzten Endes – bei öffentlichen Aufträgen – auch veröffentlichen, was die Beauftragung dieser Firmen wirklich bringt.

Durch die Erteilung von Beratungsaufträgen zu jeder Kleinigkeit mit hohen Kosten wird aber nicht nur auf Bundesebene Geld aus dem Staat an nahestehende Beratungsunternehmen „umverteilt“. Der rot-rote Senat in Berlin kann das auch ganz gut, wie die Welt in ihrer Ausgabe vom 22. November 2004 zu berichten wusste. Seit Amtsantritt der rot-roten Koalition Ende 2001 haben Senat und Bezirke danach Gutachten für insgesamt 35 Millionen Euro vergeben. Dabei war übrigens ein Expertengutachtens zur Zukunft der Berliner Hochschulmedizin. Das war so toll gelungen, dass Roland Berger auch noch einen kräftigen

Happen vom Kuchen ab bekam. Für 232.000 Euro durfte die Firma von Gerds Kumpel die finanziellen Folgen dieses Gutachtens ermitteln.

Der Weg in die neue Sklavenhaltergesellschaft

So habe ich die Vorstellung von einer Welt, in der jeder Einkommen und Auskommen für sich findet, in der man arbeiten kann, und zwar sicher arbeiten kann. Und dann gibt es die Träume, die etwas mit Gerechtigkeit zu tun haben. Ich glaube wirklich, dass auf Dauer nur eine gerechte Gesellschaft erfolgreich sein kann.

(Gerhard Schröder über seinen politischen Traum)

Das klingt doch schön. Ehrlich gesagt, das wäre auch mein Traum von einer wirklich gerechten Gesellschaft. Man ist solidarisch miteinander, und man kann sich durch eine gute berufliche Qualifikation oder Studium weiterentwickeln. Alle Möglichkeiten stehen offen – man muss seine Chancen einfach nur nutzen.

Zum 1-Euro-Job haben wir oben schon einiges erfahren. Aber das ist nicht alles, was Gerd und seine Kumpels für die Menschen in Deutschland bereit halten. Unter Gerd wurde in Deutschland der Weg in die Sklavenhaltergesellschaft eingeschlagen – nur das wir das in der Diktion des Schröder-Regimes heute „soziale Gerechtigkeit“ nennen.

Reden wir zum Beispiel über Psychotherapeuten. Nicht Psychiater (das sind Ärzte), sondern Diplom-Psychologen, die seelische Erkrankungen von Menschen behandeln. Seit dem 1. Januar 1999 gilt das Psychotherapeutengesetz, das unter anderem auch die Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten sowie zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten regelt. Diese dauert in Vollzeitform jeweils mindestens drei Jahre, in Teilzeitform jeweils mindestens fünf Jahre. Sie besteht aus einer praktischen Tätigkeit, die von theoretischer Ausbildung begleitet wird, sowie aus praktischer Ausbildung. Abgeschlossen wird diese Ausbildung durch eine staatliche Prüfung. Um die Ausbildung machen zu können, muss man zuvor Psychologie studiert

und mit dem Diplom (oder einem vergleichbaren ausländischen Abschluss) abgeschlossen haben. Das Studium muss auch klinische Psychologie enthalten haben.

Für die praktische Ausbildung müssen die Kandidaten unter anderem 1.800 praktische und 600 theoretische Ausbildungsstunden nachweisen. Die theoretische Ausbildung läuft dabei an Fortbildungsinstituten und ist von den Kandidaten selbst zu bezahlen. Die praktische Tätigkeit umfasst 1.800 Stunden und wird meist in einem Zeitraum von anderthalb Jahren abgeleistet.

Niemand wird angesichts der zum Teil doch recht unterschiedlichen Studieninhalte etwas dagegen haben, dass auf die universitäre Ausbildung noch eine praktische folgt, ehe Diplom-Psychologen Patienten behandeln. Meine Kritik geht nicht um die Sache. Die Regelungen im Psychotherapeutengesetz haben die Situation geschaffen, dass Diplom-Psychologen einerseits ihre fachliche Weiterbildung selbst bezahlen müssen, und andererseits für die abzuleistende praktische Tätigkeit nicht bezahlt werden. Wovon die während ihrer Zeit als „Psychologische Psychotherapeuten in Ausbildung“ (PiA) leben sollen, interessiert niemanden. Vielmehr hat der Staat hier dadurch, dass Regelungen über die Entlohnung für geleistete Arbeit „vergessen“ worden sind, die Situation geschaffen, dass die vorwiegend privaten Ausbildungsinstitute die Lage des psychologischen Nachwuchses knallhart ausnutzen.

Um zu verdeutlichen, wie sich dies in der Praxis für die Betroffenen auswirkt, möchte ich beschreiben was meine Frau erleben musste. Sie hat einen Teil ihrer Ausbildung (Dauer: 12 Monate) in einer sehr renommierten Klinik in Oberursel abgeleistet. Diese ist eine anerkannte Ausbildungsstätte für die praktische Ausbildung der Diplom-Psychologen. Diese betreuen und therapieren dort „richtige“ Patienten. Die erbrachten Leistungen werden voll über die Krankenkassen und

privaten Krankenversicherungen abgerechnet. Da die Psychologen eine solche praktische Ausbildung machen müssen, hatten sie folgende Vergütung zu akzeptieren: 60,- Euro Taschengeld pro Monat, freie Unterkunft, freies Essen in der Klinik. So die Bedingungen, die in 2004 galten als meine Frau dort tätig war.

Die Sklaven im alten Rom haben auch Essen und eine Schlafstätte gehabt. Euros gab es damals noch nicht, aber auch Sklaven konnten Geld besitzen. Manche schafften es sogar, sich freizukaufen. Die Psychologen dagegen sind darauf angewiesen die Zeit an ihren Ausbildungskliniken abzuleisten, da sie ansonsten nicht zur Abschlussprüfung zugelassen werden können.

Ein gutes Geschäft für die Klinik. Übrigens auch für die Ausbildungsinstitute, die sich die theoretische Ausbildung satt bezahlen lassen. Man sagt, dass die Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten die Kandidaten alles in allem etwa € 60.000,- kostet. Wie sie das bei einem Realeinkommen von € 60,- im Monat finanzieren sollen interessiert nicht. „Ihr Problem“, solche Sprüche musste meine Frau sich anhören als sie ihren Ausbildungsplatz suchte.

Dagegen, dass sie ihre Ausbildung selbst bezahlen, wäre ja grundsätzlich nichts einzuwenden. Dass ein großer Teil der theoretischen Ausbildungsinhalte bereits an der Uni Stoff war und nun noch einmal in teuren Kursen wiederholt werden muss, ist ärgerlich. Aber dass in der praktischen Ausbildung voll gearbeitet und bei den Kassen abgerechnet wird und die Psychologen mit einem Taschengeld abgespeist werden, hat mit Gerds bereits vorgestellten Träumen von sozialer Gerechtigkeit & Co. nur wenig zu tun. Die Lebenswirklichkeit unter dem Kanzler Schröder entlarven seine wohlfeilen Sprüche von sozialer Gerechtigkeit als knallhart kalkulierte Propagandalüge. Unter seiner Regentschaft wurde

eine rechtliche Situation geschaffen, in der eine solche Ausbeutung möglich ist.

Wie begründet die Bundesregierung einen solchen Zustand? Ganz einfach. Man hat einfach festgelegt, was Beruf ist und was nicht. Der Beruf heißt „Psychologischer Psychotherapeut“ und „Diplom-Psychologe“ ist kein Heilberuf. Dies entspricht der Regelung des zum 1. Januar 1999 in Kraft getretenen Gesetzes. Mit anderen Worten hat man durch dieses Gesetz eines erreicht: billige Arbeitskräfte für die Ausbildungskliniken, welche die erbrachten Leistungen voll bei den Kassen abrechnen können. Wie es den Betroffenen geht und wie die ihren Lebensunterhalt bestreiten, interessiert nicht.

Träum weiter, Gerd ! Du hast Dir lange genug auf Kosten der Menschen in unserem Land die Taschen voll gemacht. Not und Elend interessieren nicht, nur dass auch Deine Kumpels ein großes Stück vom Kuchen abbekommen.

Vetternwirtschaft

Eigentlich hatte ich mir überlegt, dieses Kapitel unter die Überschrift „Korruption“ zu stellen. Dieses Wort trifft es aber nicht so ganz. Es ist ein sehr hartes Wort.

Wie kam ich darauf? Gemeinhin versteht man unter Korruption, dass ein Politiker von jemandem Geld erhält und dafür eine bestimmte politische Entscheidung trifft. Sozusagen ein ganz dreistes Geben und Nehmen. Die Zeche zahlt der Steuerbürger, weil die von ihm an den Staat abgeführten Gelder so verschleudert werden, ohne dass es einen angemessenen Nutzen gibt. Überteuerte Aufträge werden an Bakschisch-Geber erteilt, obwohl ein Konkurrent sie in selber Qualität deutlich günstiger hätte machen können. Korruption gibt es natürlich auch in der Privatwirtschaft. In der jüngsten Zeit sind hier unglaubliche Vorgänge zum Beispiel bei VW bekannt geworden. Davon war bereits die Rede.

Der Soziologieprofessor Erwin K. Scheuch setzt sich schon sehr lange mit dem Thema der öffentlichen Korruption auseinander und prangert derartige Vorkommnisse in seinen Publikationen und Veröffentlichungen an. Er sagt hierzu:

„Es ist im Kern immer das Gleiche: Die Definition hierfür ist: Gegenseitige Hilfe am Gesetz vorbei zu Lasten Dritter.“

Um es ganz klar zu sagen: Ich bin nicht der Meinung, dass man Gerd einen derartigen Vorwurf machen darf. Er ist nicht korrupt in diesem Sinne.

Aber ich habe auch ein anderes Verständnis von dem, was man als Korruption bezeichnen kann.

Im Endergebnis läuft es darauf hinaus, dass öffentliche Gelder massiv an bestimmte Unternehmen gezahlt werden für erteilte Aufträge. Es wird also von den Steuerbürgern mühsam erarbeitetes Vermögen ausgegeben. Die Gegenleistung dafür ist nicht immer transparent.

Im Internet habe ich denn auch bei wissen.de eine Definition von Korruption gefunden, die der Sache näher kommt:

„Korruption kann definiert werden als Bestechlichkeit, moralischer Verfall. Im politischen Leben ist es meist das Ausnutzen staatlicher Machtmittel oder der Vorteile einer öffentlichen Stellung zur Erlangung gesetzwidriger privater oder politischer Vorteile.“

Korruption im so verstandenen Sinn kann wesentlich subtiler als die offene Bestechung ablaufen.

Ich möchte bei dem meinen Ausführungen zu Grunde liegenden Verständnis von Korruption noch einen Schritt weiter gehen. Man kann Leistung und Gegenleistung so gestalten, dass sie zunächst einmal in keinem erkennbaren Zusammenhang stehen. Damit kommt es auf das

Merkmal der „Gesetzwidrigkeit“ eben nicht an. Man kennt sich, man hilft sich. Die Zeche zahlt ein Dritter, nämlich der Steuerzahler.

In Bayern nannte man so was Amigo-Wirtschaft. Früher Vetternwirtschaft. „Klientelorientierte Auftragsvergabe“ klingt auch toll. Alle diese Begriffe sind aber sehr interpretationsfähig und missverstehbar. Dies ist ihr Nachteil. Weil ich nicht über Begriffe, sondern über Inhalte streiten möchte, trägt dieses Kapitel die Überschrift „Vetternwirtschaft“. Bleiben wir dabei.

Ich möchte das, was ich meine, an zwei ganz konkreten Beispielen veröffentlichen.

Die Tageszeitung *Die Welt* hat am 11.6.2004 einen sehr interessanten Bericht über Auftragsvergaben der Bundesregierung an die Firma Cinemaxx AG berichtet. Verantwortet wird der Bericht von Guido Heinen, einem bekannten Journalisten und festen Mitarbeiter der Welt.

Es geht um drei große Werbekampagnen der Bundesregierung, bei der Werbefilme u.a. in Kinos liefen. Eine Kampagne zur EU-Osterweiterung kostete € 545.450 und lief 4 Wochen auf 1841 Leinwänden. Eine Kampagne für Ausbildungsplätze lief 2 Wochen auf 2321 Leinwänden und kostete € 332.000. Und schließlich suchte die Bundeswehr Hubschrauberpiloten. Die Werbefilme liefen auf ca. 1400 Leinwänden und dürfte mehrere hunderttausend Euro gekostet haben. Genaue Beträge wollte das Ministerium auf Anfrage von Guido Heinen nicht nennen.

Bei allen drei Regierungswerbekampagnen hat die Cinemaxx AG nach dem zitierten Bericht jeweils das größte Stück vom Kuchen erhalten. Die Kinokette gibt selbst einen Marktanteil von 12 bis 12,5 Prozent an. Jedoch war in allen drei Kampagnen ihr Anteil an dem Etat deutlich größer. So erhielt sie bei der Osterweiterungskampagne 15,81 Prozent, bei

der Ausbildungskampagne 14,64 und bei der Bundeswehrkampagne gar 18,1 Prozent - in diesem Fall 50 Prozent über ihrem Marktanteil.

Mit anderen Worten: Cinemaxx durfte überproportional viele Werbefilme zeigen, die vom Steuerzahler bezahlt wurden. Eine Interpretation, die von Cinemaxx auf meine Anfrage hin übrigens vehement bestritten wurde. Ich kann jedem Leser und jeder Leserin dieser Zeilen nur den Rat geben, die notwendigen Fragen direkt an das Unternehmen zu stellen. Selbst habe ich das getan, und hier eine sehr interessante Diskussion mit dem zuständigen Mitarbeiter führen können. In der Sache sind wir uns seinerzeit übrigens nicht einig geworden.

Laut dem Bericht der *Welt* wird die Sache besonders pikant dadurch, dass der Haupteigentümer der Cinemaxx-Kette, Hans-Joachim Flebbe, ein alter Kumpel von Gerd ist. Der Hannoveraner ist ein Cineast mit Leib und Seele.

Flebbe studierte zunächst Wirtschaftswissenschaften und stieg 1972 in die Kinobranche ein, zunächst als Programmgestalter des Apollo-Filmtheaters in Hannover-Linden. Fünf Jahre später eröffnete er die ersten eigenen Säle im Kino am Raschplatz in Hannover. In den folgenden Jahren übernahm er zahlreiche Filmtheater in vielen deutschen Städten. Flebbs bislang wohl größter Erfolg begann 1989, als er mit zwei Mitgesellschaftern Cinemaxx gründete um Multiplexkinos zu betreiben. Diese sind heute in vielen Städten vorhanden und ziehen ein großes Publikum an.

Ich habe ja nichts dagegen, dass die Bundesregierung Werbung für Anliegen macht, die aus ihrer Sicht wichtig sind. Das Recht hat sie nun einmal. Mich stört aber massiv, wenn ich den Eindruck habe, dass bei der Auftragsvergabe Wettbewerber überproportional gut abschneiden, die eine gewisse Nähe zu den Regierungsparteien haben. In früheren Zeiten

hätte man so etwas als „unanständig“ bezeichnet. Heute ist das wohl ganz normal.

Kommen wir zum zweiten Beispiel für Vetternwirtschaft. Wir haben ja über Berater und ihre durch Rot-Grün vergebenen Millionenaufträge einiges erfahren. Ich verstehe nicht, weshalb die Bundesregierung viele Millionen Euro – zum Teil ohne ordnungsgemäße Ausschreibung – an Unternehmensberater wie zum Beispiel die Firma Roland Berger verteilt. Aber ich habe vor der letzten Bundestagswahl mitbekommen, wie Herr Roland Berger öffentlich bekannt gegeben hat, dass er Gerd Schröder ein „Angebot“ machen würde, wenn es mit der Wiederwahl nicht klappt. Berger gilt als ein wichtiger Berater Schröders, auch wenn er öffentlich gesagt hat, dass er CSU wählen würde. Mein Eindruck von Bergers Gedankenspiel über ein mögliches Angebot an Gerd ist, dass er „danke“ sagen wollte. Höflichkeit ist ein hohes Gut. Aber mich kotzt es an, wenn der einzige erkennbare Hintergrund einer solchen Höflichkeit ist, dass zuvor hohe Beträge aus Steuergeldern geflossen sind. Steuern, die von Millionen hart arbeitenden Menschen aufgebracht worden sind.

Ich habe sowohl die Firma Cinemaxx als auch die Firma Roland Berger angeschrieben und auf meine schon auf der Homepage job-fuer-gerd.de veröffentlichte Ansicht zu diesem Thema hingewiesen und den Unternehmen angeboten, hierzu ihre Stellungnahme abzugeben. Während mit Cinemaxx eine kleine Korrespondenz zum Thema zustande kam, reagierte die Firma Roland Berger überhaupt nicht.

Ich möchte in einem Land leben, in dem die Regierung ihren Kumpels nicht die dicken Aufträge zuschanzt und für Menschen in Not nur Hartz IV übrig hat.

Der Fall Werner Müller

Wir erinnern uns: Um die Jahreswende 2004/05 gerieten einige Politiker in die Schlagzeilen, die ehemalige Arbeitgeber weiterhin auf ihrer Lohnliste stehen hatten - obwohl die dafür erbrachte Gegenleistung mehr als nur zweifelhaft gelten durfte. Den Vogel schießt einer von Gerds ehemaligen Ministern ab: Werner Müller. Gerds ehemaliger Wirtschaftsminister bekam von seinem ehemaligen Arbeitgeber, dem Stromkonzern E.ON, eine Pension von mehr als 8.000,- Euro monatlich gezahlt. Dafür gibt es eine ganz nachvollziehbare Erklärung. Erstaunlich ist nur, dass sein gut bezahltes Amt als Minister auf die Pensionsberechtigung überhaupt keinen Einfluss gehabt hat, auch wenn er da für E.ON sehr wichtige Entscheidungen zu treffen hatte.

Bei dem Geld, beteuert Müller jedenfalls, handele es sich um Pensionsansprüche, die er sich im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit bei dem Unternehmen redlich erworben habe. Mag sein. Aber die Sache hat ein „Geschmäcke“, auf das wir zu sprechen kommen sollten. In seiner Zeit als Wirtschaftsminister war er nämlich für die gesamte Gesetzgebung im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Strommarktes verantwortlich.

Schauen wir uns causa Müller mal ganz in Ruhe an. Geboren 1946 in Essen, studierte er Volkswirtschaft in Mannheim, Philosophie und Linguistik in Duisburg und Bremen. In Mannheim machte er den Diplom-Volkswirt. 1978 promovierte er in Bremen in Sprachwissenschaften. Bis dahin hatte er schon einiges geleistet. 1973 trat er in die RWE AG ein, 1980 bis 1992 war er für die VEBA AG tätig. Von 1992 bis 1997 war er dann Mitglied des Vorstands der Veba Kraftwerke Ruhr AG. 1997/98 betätigte er sich als „selbständiger Industrieberater“, ehe er 1998 ins Kabinett Schröder als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie berufen wurde. Aus diesem schied er 2002 wieder aus. Seit

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

dem 1.6.2003 ist er Vorstandsvorsitzender der RAG Aktiengesellschaft, einer Tochter von E.ON. Eine wirklich beachtenswerte Karriere.

1997 ist Müller vorzeitig bei EON ausgestiegen, angeblich nach einem Streit mit der Geschäftsführung. Das reguläre Vertragsende wäre 2001 gewesen. Man hat sich im Oktober 1997 unter anderem dahin gehend geeinigt, dass er ab 2002 dann seine Pension beziehen durfte.

Nun war er ab 1998 Minister gewesen und hat Entscheidungen getroffen, die für seinen ehemaligen Arbeitgeber wirtschaftlich nicht ganz unbedeutend waren. Ein Monopol entstand. Viele Meinungen gehen dahin, dass dieses wie jedes Monopol zu höheren Preisen für die Endverbraucher führt.

Die Rechnung wird damit von den vielen kleinen Leuten mit hohen Stromkosten zu zahlen sein, die zusehen können wie sie im Alter mit der heute gar nicht mehr so sicheren Rente über die Runden kommen dürfen.

Weitere Fragen liegen nahe, wenn man sich Müllers weiteren beruflichen Werdegang ansieht, nachdem er nicht wieder Minister wurde. Er wurde nämlich Chef der Ruhrkohle AG (RAG). Das Kohleunternehmen gehört zu einem Drittel der E.ON. Vorstandsvorsitzender des Düsseldorfer Stromversorgers ist Vorsitzender ist Dr. Wulf H. Bernotat. Dieser ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der RAG und war somit für die Benennung Müllers zuständig. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Das Wort von der Regierungskriminalität mag jetzt jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Meinungsäußerung erlaubt sein.

Strafrechtlich relevant ist Müllers Verhalten nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Berlin (Aktenzeichen 2 Wi Js 30/05) vom 10.2.2005 jedenfalls nicht. Ich zitiere:

„Hinsichtlich der Mitglieder der Bundesregierung ist in § 5 Bundesministergesetz (BMinG) bestimmt, dass diese neben ihrem Amt – anders als Abgeordnete – kein anderes besoldetes Amt, kein

Gewerbe und keinen Beruf ausüben dürfen und während ihrer Amtszeit grundsätzlich auch nicht dem Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören dürfen. Für Beamte ergibt sich aus dem Bundesbeamtengesetz (BBG), dass Nebentätigkeiten grundsätzlich genehmigungspflichtig sind und auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses Belohnungen in Bezug auf das Amt nur mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde angenommen werden dürfen (§§ 65, 70 BBG).

Ein Verstoß hat insoweit jedoch keine strafrechtliche Relevanz.

Strafrechtlich relevant ist demgegenüber nur ein Verhalten, das die Korruptionstatbestände der Abgeordneten Bestechung, § 108e StGB oder etwa der Vorteilsannahme bzw. Bestechung, §§ 331 ff StGB, erfüllt.

§ 108e StGB erfasst verwerfliches Abstimmungsverhalten eines Mandatsträgers in parlamentarischen Gremien – zudem auch das damit korrespondierende Verhalten Außenstehender – und stellt den sogenannten „Stimmenkauf“ ... unter Strafe. Strafrechtlich nicht relevant ist hingegen die allgemeine wirtschaftliche Interessenverpflichtung eines Abgeordneten, so dass der Anwendungsbereich des § 108e StGB nicht jede seiner Äußerungen oder Beratungen erfasst, sondern auf Wahlen und Abstimmungen innerhalb der Volksvertretungen beschränkt ist und allein die Entgeltvereinbarung für zukünftige Stimmabgaben umfasst, wobei die Honorierung einer bloßen politischen „Gewogenheit“ von Mandatsträgern selbst im Rahmen etwaiger Abstimmungen strafrechtlich unerheblich ist.

... §§ 331 ff StGB erfassen über die vorgenannten Mandatsträger hinaus sonstige Amtsträger, also etwa Minister oder Staatssekretäre ohne eigenes Abgeordnetenmandat...

Auch hier ist aber Voraussetzung, dass eine Unrechtsvereinbarung vorliegt, also eine Übereinkunft zwischen dem Dienstausübenden und

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

dem Zuwendenden im Sinne einer inhaltlichen Verknüpfung von Dienstausbung und Vorteilszuwendung, ohne dass die Diensthandlung jedoch bereits konkret bestimmt sein muss. Nachgewiesen werden müsste aber jedenfalls, dass aufgrund einer – wenngleich stillschweigenden – Übereinkunft ein Vorteil für die Dienstausbung versprochen oder angenommen wird.

Dass Unrechtsvereinbarungen im vorbezeichneten Sinn (vorliegen) ... ist ... nicht naheliegend. Zahlungen im Zusammenhang mit der Erfüllung oder Abwicklung eines Arbeitsverhältnisses, wie sie hier ... hinsichtlich ... Dr. Müller im Zusammenhang mit seiner früheren langjährigen Tätigkeit (18 Jahre) für den E.ON Konzern möglich erscheinen, sind als solche, ungeachtet ihrer hier relevanten Höhe, strafrechtlich nicht relevant. ...

Auch der Umstand, dass beide Beschuldigte nach dem Ende ihrer Tätigkeit als Bundesminister (Dr. Müller, Anm. d. Verf.) bzw. Staatssekretär (Tacke, Anm. d. Verf.) eine Tätigkeit im E.ON Konzern aufgenommen haben, vermag keine Anhaltspunkte für die erforderliche Unrechtsvereinbarung zu begründen, zumal der Übergang ... nicht gewissermaßen „nahtlos“, sondern mit mindestens zwölf Monaten Abstand erfolgte.“

Der Staatsanwalt hat hier völlig korrekt unter Anwendung der bestehenden Gesetze gehandelt, als er sich entschied kein Ermittlungsverfahren gegen Dr. Müller oder Tacke einzuleiten. Meiner Meinung nach wird an der ganzen Sache deutlich, dass die hier bestehenden Gesetze nicht ausreichen. Ob die politische Mehrheit hier jemals handeln wird? Sicherlich nicht, so lange Gerd am Ruder ist.

Medienkanzler

Gerhard Schröder gilt als der Medienkanzler. Besonders das Fernsehen weiß er zu nutzen, um sich selbst in Szene zu setzen. Ein Tribut an die moderne, durch Medien geprägte Demokratie? Man kann es aber auch übertreiben. Gerd macht vor, wie. Indem er jedem ein Autogramm gibt, der es möchte.

Wer alles und jedem ein Autogramm gibt muss sich schon fragen lassen, ob er die Schwerpunkte seiner beruflichen Tätigkeit so richtig setzt.

Autogramme vom Bundeskanzler Schröder? Ja, Sie haben richtig gelesen. Ein jeder kann sie sich zuschicken lassen.

Probieren Sie doch mal folgendes aus: schreiben Sie ans Bundeskanzleramt, dass Sie sich ganz doll gerne ein Bildautogramm vom Bundeskanzler Gerhard Schröder wünschen, und ob sie Ihnen nicht eines zusenden können. Ob Sie es jetzt glauben oder nicht: schon kurze Zeit später werdet Sie ein eigenhändig von Gerhard Schröder unterschriebenes Autogramm im Briefkasten finden, mit den besten Wünschen von der Pressestelle. Nun ist klar, weshalb Gerhard Schröder keine vernünftige Politik machen kann. Wer den ganzen Tag Autogramme für jedermann schreibt, dem bleibt für seine eigentlichen Aufgaben keine Zeit. Na ja, dafür gibt es ja noch die Berater, aber das ist ein anderes Thema...

Kommen wir zurück zum Thema Medienkanzler. Es gibt mehr Medien, als Autogrammkarten. Gerd kann sich ihrer nahezu perfekt bedienen. Elisabeth Noelle-Neumann äußerte sich in der Welt vom 9. Juli 2004 wie folgt: „Nur der Auftritt von Schröder ist gut. Das hat ihm die Kennzeichnung: ‚Der Medienkanzler‘ eingebracht. Aber Autorität und Charisma strahlt er nicht aus. ... Mit dem Instrument der Demoskopie ausgerüstet schaut man zu, wie Begeisterung und Vertrauen zerfallen.“

Die Grande Dame der Meinungsforschung hätte es auch anders ausdrücken können: Große Klappe und nichts dahinter. Schön ausschauen, das kann unser Gerd.

Vor der Bundestagswahl werden wir das sicherlich mehrfach erleben. Seine Präsenz in den Medien, seine persönliche Wirkung als „glaubhafter Märchenonkel“ ist das große Pfund, auf das er noch setzen kann.

Die Stimmung im Lande: Zukunftsangst

Zum Januar 2005 wurden die Kriterien der Arbeitslosenstatistik – wieder mal – geändert. Dieses mal aber ein Stück in Richtung mehr Aufrichtigkeit: Menschen, die früher Sozialhilfeempfänger waren, wurden infolge Hartz IV jetzt in der Statistik mit berücksichtigt. Warum arbeitslose Sozialhilfeempfänger hier früher nicht auftauchten... Schwamm drüber.

Klaus-Peter Schöppner, der Chef von TNS Emnid, hat in einem Beitrag für die Welt vom 4. Februar 2005 über die Befindlichkeiten der Deutschen im siebten Jahr der Gerd'schen Volksbeglückung geschrieben. Sein Fazit fiel vernichtend aus: Die Deutschen bangen um ihre Zukunft wie nie zuvor.

Gerds Spruch nach der Wahl 1998, man werde zwar nicht alles anders, aber manches besser machen, klingt mir noch im Ohr. Die Menschen wollten mehrheitlich damals nicht, dass Helmut Kohl weiter Kanzler bleibt. Sie wollten, dass sich etwas verändert in diesem Land und dass ein jüngerer Kapitän ans Ruder kam. Das war der smarte Gerd. Die Menschen blickten hoffnungsvoll und optimistisch in die Zukunft. Die Börse boomte (das hat mit Gerd aber nichts zu tun gehabt, wie auch der nachfolgende Crash nicht), die Stellenmärkte quollen über von lauter tollen Jobs und die meisten von uns haben eine Perspektive gesehen. Ich habe nie SPD gewählt, aber viele meiner Bekannten, die Gerd ihre

Stimme gegeben haben, sagten dazu, dass jetzt auch das Land voran kommen sollte.

Was Schöppner zu Beginn des Jahres 2005 über die Stimmung in unserem Land schreibt, spricht für sich. 85 Prozent der Menschen seien über ihre persönliche Zukunft beunruhigt. Weiter befürchten 48 Prozent eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Von den Industrienationen wird die Wirtschaft nur in Österreich noch schlechter eingeschätzt. So glauben 65 Prozent der Deutschen inzwischen nicht mehr daran, dass Wirtschaftswachstum allein zu mehr Arbeitsplätzen führt. Weitere 37 Prozent der Beschäftigten haben inzwischen Angst vor Kündigung, im Osten sogar 56 Prozent. Zum Vergleich: In den USA sind es nur zwölf Prozent.

Gerd hat etwas geschafft, was Helmut Kohl nie vermochte: den meisten Menschen alle Hoffnungen und alle Perspektiven zu nehmen.

Laut Schöppner erwarten 8 Prozent einen Aufschwung. Der Arbeitsmarkt hat sich von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelt. Ein Teufelskreis: die Menschen halten ihre Arbeitsplätze nicht mehr für sicher. Sie sparen für die schlechten Zeiten, die sie erwarten. Weil sie nichts mehr ausgeben, gehen die Umsätze der Firmen zurück. So geraten selbst solche Arbeitsplätze in Gefahr, die in normalen Zeiten als sicher gelten durften. So halten die Leute sich beim Kauf neuer Autos zurück und fahren den alten Wagen lieber ein Jahr länger. Die Folge: Bei Autoherstellern wie Opel werden ganz massiv Arbeitsplätze abgebaut. Die Abwärtsspirale dreht sich immer schneller, nicht nur bei Opel.

Und woran sparen die Deutschen: 54 Prozent am Urlaub, 47 Prozent am allgemeinen Konsum. Größere Anschaffungen plant in 2005 nur jeder siebte. 13 Prozent haben solche Pläne ganz auf Eis gelegt, und 70 Prozent denken gar nicht mehr daran, dass es für sie jemals für etwas „großes“ reichen könnte in der nächsten Zeit.

Unter Gerd ist Deutschland zum Pessimismus-Spitzenreiter geworden. 68 Prozent der Menschen rechnen mit weiter steigenden Arbeitslosenzahlen – in den bösen, ach so schlimm kapitalistischen USA sind es nur 38 Prozent, die so denken. Unter sämtlichen Industrienationen ist Deutschland zum Schlusslicht geworden, was die allgemeine Zuversicht angeht. Bei uns sehen 25 Prozent für sich optimistisch in die Zukunft. In Amerika sind es 65 Prozent.

Weniger als die Hälfte der Menschen glaubt, dass in 2005 irgendwelche Reformen greifen werden. Nach Hartz erwarten über 60 Prozent keine Reformen mehr bis zur Bundestagswahl. Über 60 Prozent glaubt, dass wir länger arbeiten müssen und auch auf Lohn verzichten, um zumindest das behalten zu können was wir haben. 2001 glaubten noch 25 Prozent, dass wir mit dem Lohnniveau und den Arbeitszeiten hierzulande international konkurrenzfähig seien. Über 60 Prozent sind bereit, bis zu 48 Stunden pro Woche zu arbeiten nur damit es nicht noch schlimmer wird.

Unter Gerd setzte eine „Darwinisierung“ der Wirtschaft ein, bei der die Menschen das Gefühl haben unter die Räder zu kommen. Die Lage der Wirtschaft zwingt die Beschäftigten derzeit zu Zugeständnissen, die vor kurzem noch undenkbar gewesen wären. Nicht einmal jeder dritten glaubt, dass die Politik die Menschen in diesen Zeiten des Wandels positiv begleitet. Das Misstrauen trifft dabei nicht nur die Regierung, auch der Opposition trauen die Menschen nicht zu, eine Veränderung herbeizuführen. Über 50 Prozent erwarten, dass Streiks und Konflikte in unserer Gesellschaft zunehmen werden.

SPD

*Die SPD ist die Vorhaut der Arbeiterklasse:
immer wenn es ernst wird, zieht sie sich zurück.*

(Autor unbekannt)

Ein weiterer guter Grund gegen Gerd: die Partei, die ihn zum Bundeskanzler hat werden lassen. Sind die Sozialdemokraten die Retter der Mühseligen und Beladenen? Oder nur ein geld- und machtversessener Debattierclub?

Ein Beispiel: Nach dem desaströsen Europawahlwochenende, bei dem die SPD ganze 22,5% der Wählerstimmen abbekam, begann das große Wundenlecken. Zum Beispiel mit einer Diskussionsveranstaltung über die Notwendigkeit des eigenen Daseins. Wirklich schön fand ich zum Beispiel die Antwort von Andrea Nahles, als sie nach den Gründen für das schlechte Abschneiden ihrer Partei befragt wurde: "Wir haben eine tiefgreifende Beziehungsstörung zu unserer Kernwählerschaft." Das klingt mehr wie eine Selbsthilfegruppe psychisch kranker Menschen als nach Regierungspartei.

Ein zweites Beispiel: Wahlkampf an der Saar. Die Europawahl endete gerade mit einem Debakel. Also boten die Genossen auf, wen es aufzubieten gab. Den Parteivorsitzenden (Müntefering) und einen Vorgänger im Amt (Lafontaine). So, wie die beiden hier miteinander umgegangen sind, war das höchstens für die Publikumsbelustigung gut. Lafontaine war damals noch in und für die SPD tätig, was sich inzwischen bekanntermaßen geändert hat.

Den Anfang machte damals Müntefering. Nachdem er wenige Minuten geredet hatte, fragten sich Zuhörer unweigerlich, ob er noch nicht mitbekommen hatte, dass die Wahl vom letzten Sonntag bereits verloren ist für die SPD. So berichtet es Peter Dausend, Korrespondent der Tageszeitung *Die Welt*. Müntefering hält seine übliche

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

Basiserweckungsrede, die viel enthält von den Zwängen der Globalisierung, den Bedrohungen, die aus der demographischen Entwicklung erwachsen, vom Umbau des Sozialstaates, der nur so gerettet werden könne...

Nun lief Oskar Lafontaine zur Höchstform auf. Die SPD habe nicht nur ihre Inhalte, sondern auch ihre Sprache verloren. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sei ein neoliberaler Tarnbegriff für Lohnkürzung. Aufhebung des Kündigungsschutzes oder Arbeitszeitverlängerung? Alles Sozialabbau. Agenda 2010? Führt in die Vergangenheit. Irak-Konflikt? Begriffsvermummung für „Ölimperialismus in blanker Form“. Der SPD-Spitze rät Lafontaine: Investitionsprogramm verabschieden, Praxisgebühr zurücknehmen, Vermögensteuer einführen - und beides von der Union im Bundesrat blockieren lassen.

Der Saal tobt vor Begeisterung. Der so abgewatschte Franz Müntefering tobt vor Wut. Und er kontert. Müntefering verweist auf die 43 Milliarden Euro Zinsen, die im Bundesetat für Zinstilgung veranschlagt sind. „Den eigenen Laden in die Sackgasse führen - und sich dann beschweren“, moniert der Chef der SPD. „Wer nicht in der Lage ist, Kompromisse zu schließen, ist für die Politik nicht geeignet.“ Volltreffer, Lafontaine wurde aber nicht versenkt.

Im August 2004 gibt Oskar Lafontaine dem Spiegel ein Interview. Schröder habe sich durch die Ergebnisse seiner Politik diskreditiert. Als Kanzler sei er gescheitert. Agenda 2010, Hartz IV und Wahllügen: das solle ein Ende haben. Dafür wolle er in der SPD kämpfen. Und wenn das nicht klappt, will er für eine linke Alternative zur SPD antreten.

Das Entsetzens-Geschrei in der SPD war groß. Manche Politiker der zweiten Garnitur forderten schon den Ausschluss Lafontaines. Müntefering hielt die Bälle lieber flach.

Eigentlich konnte man sich entspannt zurücklehnen und amüsiert sein über das Schauspiel, das die deutsche Sozialdemokratie aufführte. Wenn es nicht so traurig wäre, und wenn die SPD nicht zufälligerweise die größte der beiden Regierungsparteien wäre.

Was die großen der Partei können, geht an der Basis auch: Selbst-Demontage. Anfang August 2004 wurde ein Kettenbrief bekannt, den ein SPD Mitglied aus Köln verfasst hat. In diesem Brief wird eine Abkehr von der Agenda 2010 verlangt. „Schröder muss gehen - ob er will oder nicht“, heißt es darin. Der Brief wurde über mehrere Medien veröffentlicht und findet viel Aufmerksamkeit an der Basis der SPD. Die Nerven der Parteiführung liegen blank. So publikumswirksam wie in der SPD ist noch nie ein amtierender Kanzler aus den eigenen Reihen angezählt worden.

Aber diese Solidarität scheint ganz im Geiste Schröders zu liegen. Kurz vor Start der Hartz IV Reform ließ Gerd durchblicken, dass die politische Verantwortung für den Erfolg bei Wolfgang Clement liege. Dies könnte man auch anders ausdrücken. Scheitert Hartz IV und bringt außer Kosten und Not und Elend für viele keinen propagandistisch verwertbaren Vorteil, ist der Clement Schuld und muss seinen Hut nehmen. Gelingt das ganze, ist es ein Erfolg in dem auch Gerd mit seiner Politik sich sonnen wird. Wolfgang Clement dürfte spätestens sei dem wissen, dass man keine Feinde braucht wenn man solche Freunde wie Gerd hat.

Bei der (ebenfalls verlorenen) Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen trat erstmalig mit der WASG eine Partei an, die vorwiegend aus enttäuschten ehemaligen SPD-Mitgliedern besteht. Sie konnte ca. 2% der Wählerstimmen für sich verbuchen. Bei der Bundestagswahl tritt sie nicht alleine an, sondern gemeinsam mit den rotlackierten Faschisten der zur PDS umbenannten SPD. Oskar Lafontaine spielt gemeinsam mit Gregor Gysi den Spitzenkandidaten. Dieser „Linkspartei“ wurde in ersten

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd!

Prognosen ein Wahlergebnis im zweistelligen Prozentbereich prognostiziert.

Bei dieser Sachlage müsste klar sein, dass die SPD hier auf klaren Abgrenzungskurs zu gehen hat. Aber auch dabei ist sie nicht konsequent. So hält Berlins regierender Bürgermeister Klaus Wowereit eine rot-rote Koalition (die er selbst ja mit der PDS hat) durchaus für akzeptabel. Warum sollte dann noch das Original (SPD) gewählt werden, wenn die Stimmen dann doch beim Plagiat („Linkspartei“) viel populistischer vergeben werden können? Dadurch, dass die Sozialdemokraten es hier an einer geschlossenen Haltung fehlen lassen, arbeiten sie zur Zeit an einem Wahlergebnis deutlich unter der 30%-Marke.

Wirtschaft

Gerd gilt als der „Genosse der Bosse“. Das reimt sich schön, und da ist auch was dran. Schließlich hat er viele tolle Kumpels wie Herrn Berger, Herrn Flebbe oder einige VW-Manager wie unter anderen Peter Hartz.

Wenden wir uns doch mal den wirklichen Problemen unseres Landes zu. Manchmal ist es ganz gut zu hören, was ausländische Beobachter für einen Eindruck haben.

Das International Institute for Management Development (IMD) in Lausanne gab das World Competitiveness Yearbook 2003 heraus. Darin geht es auch auf Deutschland ein. Die Ursachen für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit sieht das IMD ausschließlich in einer verfehlten Politik.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat das in der Ausgabe vom 14. Mai 2003 sehr schön auf den Punkt gebracht: Abwärtstrend der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist ungebrochen.

Prima! Wenigstens etwas, wo wir unangefochten an der Weltspitze stehen. Nirgendwo sonst geht es so arg bergab wie im größten Land Mitteleuropas.

Vier Hauptindikatoren fließen in die Rangliste ein. Von ihnen hat das Maß der „Regierungseffizienz“ seinen rasanten Einbruch fortgesetzt: Nach Rang 8 im in 2002 und Platz 4 im Jahr 2001 steht Deutschland 2003 noch auf Rang 12. Das ist immerhin noch im oberen Mittelfeld seiner Ländergruppe. Untersucht wurden hier der Zustand der öffentlichen Finanzen, die Fiskalpolitik, der institutionelle Rahmen sowie die für Unternehmen relevante Gesetzgebung (Außenwirtschaft, Wettbewerb, Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt). In der Gruppe der Länder mit über 20 Millionen Einwohnern führt übrigens Australien vor den USA. Bei den kleineren Ländern führt Finnland, gefolgt von Singapur.

Die größten Schwachpunkte bei uns sind der Arbeitsmarkt sowie die Steuer- und Abgabenlast.

Moniert wird, dass es immer noch nicht genügend Anreize für Arbeitslose gebe, eine Beschäftigung anzunehmen. Auch werde das Engagement von Stelleninhabern werde durch eine zu große Last an Steuern und anderen Abgaben gebremst. Die staatliche Regulierung des Arbeitsmarkts biete nicht genug Flexibilität. Deutschlands Sozialabgaben zählen zu den höchsten auf der Welt.

Kritisiert wird weiter die zu hohe Gewinnbesteuerung der Unternehmen. Deutschland ist dadurch zu unattraktiv für Neuinvestitionen.

Die Regierung passe sich nicht genügend an neue Herausforderungen an. Die öffentlichen Haushalte seien in keiner guten Verfassung und die Situation dürfte sich eher noch verschlechtern. Die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Wirtschaft dürfte aufgrund der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen abnehmen.

Richter: Sucht einen neuen Job für Gerd !

Die von der Bundesregierung eingesetzten Wirtschaftsweisen vermeldeten in ihrem Jahresgutachten 2004 eine leichte Erholung der Situation. Der Wirtschaft werde es besser gehen. Auf den Arbeitsmarkt habe dies aber keinen Einfluss. Man kann Gerds Politik daher auch wie folgt zusammenfassen: für seine großkopferten Kumpels gibt es mehr Kohle, die Masse der Deutschen geht leer aus.

Aussichten? Perspektiven?

Welche Perspektiven gibt es für ein Deutschland ohne Gerd? Gerhard Schröder steht als Symbolfigur für das „Projekt Rot-Grün“. Da geht es um Macht und Einfluss. Es geht darum, die Staatsknete in die „richtigen“ Kanäle umzuverteilen. Scheitert Gerd, ist damit auch der Versuch der so genannten „68er Generation“ gescheitert, Deutschland nach dem sehr erfolgreichen Marsch durch die Institutionen nun auch zu regieren.

Die SPD hat derzeit keine personelle Alternative zu Gerd. Um der Macht willen wird sie weiter mit den Grünen kooperieren wollen. Die unter der Bezeichnung „Linkspartei“ antretende faktische Listenverbindung von PDS und WASG ist derzeit für die SPD nicht akzeptabel. Das kann sich aber schnell ändern. Doch selbst wenn es schon nach der nächsten Wahl zu einer Kooperation mit der extremen Linken käme, wäre dies doch nur die Fortsetzung der Publikumsverarschung auf neuem Niveau. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land sich das bieten lassen möchte.

Ich meine, dass es zu einem grundlegenden Politikwechsel in Deutschland kommen muss. Es muss Schluss damit sein, dass ein großer Teil der Menschen in unserem Land ohne jede persönliche, berufliche und vor allem wirtschaftliche Perspektive leben muss, während sich auf der anderen Seite die Kumpels der Chefs die dicke Knete gegenseitig zuschieben. Gerhard Schröder steht für all diese Missstände, er muss weg.

Die Bundestagswahl im Herbst 2005 bietet die große Chance, Gerd endgültig loszuwerden: einfach abwählen. Nutzen wir sie!

Impressum

Dieses Buch stellt eine persönliche Meinungsäußerung meinerseits dar.

© 2005 F. Roland A. Richter. Alle Rechte vorbehalten.

Das Bild auf dem Titel wurde 2004 auf einer Montagsdemo in Frankfurt/Main aufgenommen. © 2004 F. Roland A. Richter

Anschrift:

F. Roland A. Richter, Bismarckstr. 18, 61169 Friedberg (Hessen)

Internet:

<http://www.job-fuer-gerd.de> und <http://www.frar.de>

Dieses Buch erscheint im Eigenverlag als eBook. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Vollständiger Nachdruck für den Eigengebrauch ist selbstverständlich gestattet, ansonsten ist der Nachdruck nur mit Genehmigung meinerseits erlaubt. Der auszugsweise Nachdruck wird grundsätzlich bei vollständiger Quellenangabe (F. Roland A. Richter, Sucht einen neuen Job für Gerd) sowie Übersendung von zwei Belegexemplaren gestattet. Die elektronische Weiterverbreitung ist auch ohne schriftliche Genehmigung erlaubt. Eine Untersagung ohne Angabe von Gründen bleibt jedoch grundsätzlich vorbehalten.

Abschluss der Arbeiten: 1.8.2005

Erscheinungsort: Friedberg (Hessen)